

HESSEN



# **POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK 2012**

**des Landes Hessen**

**- Pressepapier -**

**herausgegeben vom Hessischen Landeskriminalamt in Wiesbaden  
in Zusammenarbeit mit dem  
Hessischen Ministerium des Innern und für Sport  
2013**

**Erneuter Rückgang der Straftaten um rund 1.200 Fälle**

**Aufklärungsquote auf Allzeithoch von 58,8 %**

Die Polizeiliche Kriminalstatistik 2012 weist drei zentrale Entwicklungen auf:

1. Rückgang der registrierten Gesamtkriminalität in Hessen um 0,3 % (= 1.209 Fälle) auf 395.625 Fälle.
2. Neue Höchstmarke bei der Aufklärungsquote. Mit 58,8 % wurde der bisher höchste Wert seit Einführung der EDV-gestützten PKS im Jahr 1971 erreicht.
3. Die Häufigkeitszahl (Zahl der registrierten Delikte auf 100.000 Einwohner) beträgt 6.494 und ist damit auf dem niedrigsten Stand seit 1979.

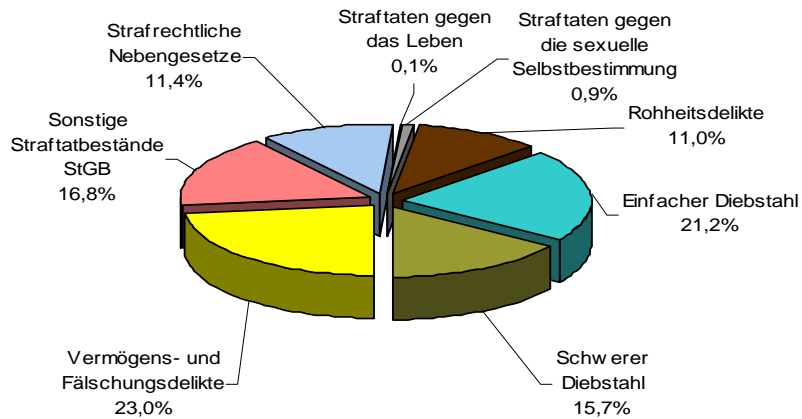
Kurzinformation

# Polizeiliche Kriminalstatistik Land Hessen 2007 - 2012



## Struktur der Gesamtkriminalität 2012

(nach den Hauptgruppen)



%-Angaben gerundet

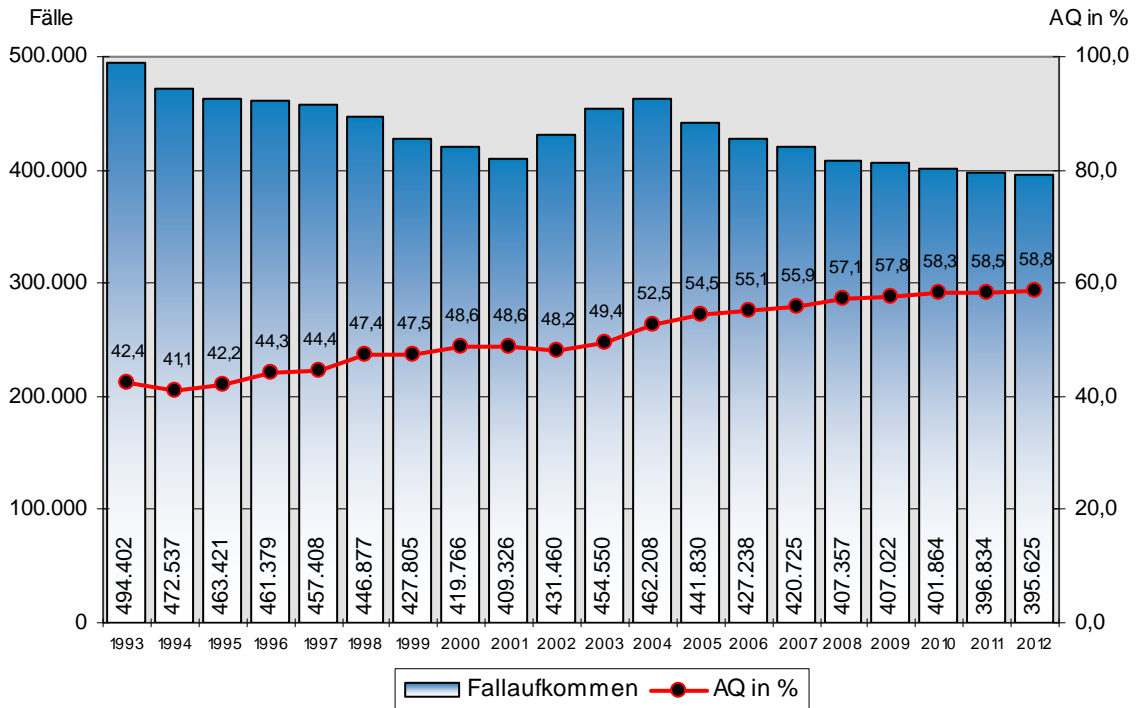
INHALTSVERZEICHNIS:

1	Allgemeine Entwicklung .....	4
2	Deliktische Entwicklung.....	5
2.1	Straftaten gegen das Leben .....	5
2.2	Sexualdelikte .....	5
2.3	Rohheitsdelikte .....	6
2.3.1	Raubdelikte.....	6
2.3.2	Körperverletzungen .....	7
2.3.3	Straftaten gegen die persönliche Freiheit .....	8
2.4	Diebstahl.....	8
2.5	Vermögens- und Fälschungsdelikte .....	13
2.6	Sonstige Straftaten nach dem Strafgesetzbuch (StGB) .....	15
2.7	Straftaten gegen strafrechtliche Nebengesetze.....	16
2.7.1	Ausländerrechtliche Delikte .....	16
2.7.2	Rauschgiftkriminalität.....	16
2.7.3	Waffenkriminalität .....	17
2.8	Wirtschaftskriminalität.....	17
2.9	Internetkriminalität .....	18
2.9.1	Fallaufkommen und Entwicklung .....	18
2.9.2	Bedeutung des Tatmittels Internet.....	19
2.9.3	Aufklärungsquote.....	20
2.9.4	Vermögensschäden.....	20
2.9.5	Täter .....	20
2.9.6	Fazit und Prognose.....	20
3	Politisch Motivierte Kriminalität (PMK) .....	21
3.1	PMK -rechts-.....	21
3.2	PMK -links- .....	22
3.3	PMK-Ausländer .....	23
3.3.1	Islamistischer Extremismus / Terrorismus .....	23
4	Tatverdächtige .....	24
4.1	Tatverdächtige allgemein .....	24
4.2	Mehrfach-/Intensivtäter (MIT) .....	24
4.3	Jugendkriminalität.....	25
5	Opfer .....	26
6	Schäden.....	27
7	Maßnahmen der regionalen Sicherheit .....	27
8	Kontroll- und Fahndungsmaßnahmen.....	28
9	Kriminaltechnik und Erkennungsdienst.....	29
10	Prävention .....	29

## 1 Allgemeine Entwicklung

Die Kriminalitätsentwicklung in Hessen weist für das Jahr 2012 erneut einen Rückgang auf. Die registrierten Straftaten gingen um 0,3 Prozent (-1.209 Fälle) auf 395.625 Fälle zurück. Damit sind die Fallzahlen seit 1984 zum zweiten Mal in Folge unter 400.000 gesunken. Die Aufklärungsquote (AQ) hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Prozentpunkte auf 58,8 % weiter verbessert und somit im zehnten Folgejahr einen erneuten Höchststand erreicht. Seit 2003 stieg die Aufklärungsquote von 49,4 % um 9,4 Prozentpunkte.

Grafik 1: Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1993 bis 2012



Rückgänge haben sich insbesondere in folgenden Deliktsbereichen ergeben:

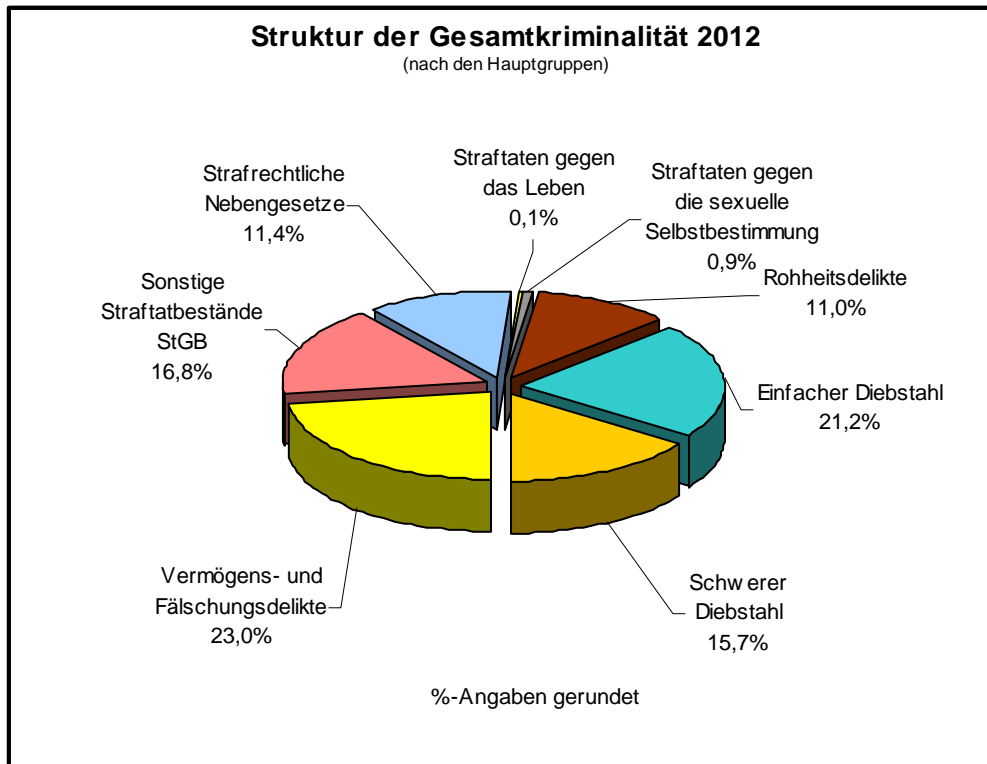
Straßenkriminalität	-4.002 Fälle	-5,0 %
Diebstahl in/aus Kraftfahrzeugen	-2.672 Fälle	-15,9 %
Ladendiebstahl	-1.680 Fälle	-6,7 %
Diebstahl von unbaren Zahlungsmitteln	-1.131 Fälle	-8,8 %
Anlagebetrug	-926 Fälle	-89,6 %
Computerkriminalität	-910 Fälle	-13,9 %
Sachbeschädigung	-874 Fälle	-2,2 %
Diebstahl unter erschw. Umständen in/aus Dienst-/Bürräumen	-690 Fälle	-8,2 %

Zunahmen haben sich u. a. bei folgenden Delikten ergeben:

AufenthaltG/AsylVfG/FreizG	+3.017 Fälle	+17,9 %
Wirtschaftskriminalität	+1.945 Fälle	+54,7 %
Leistungsbetrug	+1.872 Fälle	+58,2 %
Erschleichen von Leistung	+806 Fälle	+3,6 %
Warenbetrug	+674 Fälle	+12,8 %
Tankbetrug	+542 Fälle	+9,3 %

## 2 Deliktische Entwicklung

Grafik 2: Struktur der Gesamtkriminalität 2012 in den Straftatenobergruppen der PKS



### 2.1 Straftaten gegen das Leben

Die **Straftaten gegen das Leben** sind im Jahr 2012 um vier Straftaten auf 314 Fälle gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen (-1,3 %). Die Aufklärungsquote konnte auf insgesamt 93,3 % gesteigert werden. Auch der hohe Anteil von Versuchshandlungen mit 61,8 %, bei Totschlag sogar 85,8 %, setzt die Ergebnisse der Vorjahre fort.

Im Jahr 2012 wurden 52 **Mordfälle** registriert, d. h. 14 Fälle weniger als im Vorjahr. Alle in 2012 registrierten Mordfälle konnten aufgeklärt werden.

Im Bereich Totschlag und Tötung auf Verlangen nahm die Fallzahl um zehn auf 190 Fälle zu (+5,6 %). Der Deliktsbereich der **Fahrlässigen Tötung** stieg um vier Straftaten auf insgesamt 67 Fälle (+6,3 %).

Mit Ausnahme der **Fahrlässigen Tötung und Mord im Zusammenhang mit Raubdelikten** bestanden zwischen Täter und Opfer überwiegend Vorbeziehungen. Von 340 Opfern in diesem Deliktsbereich hatten 191 Opfer eine Vorbeziehung zum Tatverdächtigen.

### 2.2 Sexualdelikte

**Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung** haben in der Summe um 264 auf 3.686 Fälle zugenommen (+7,7 %). Dabei blieben **Vergewaltigung und besonders schwere Fälle der sexuellen Nötigung** (512 Fälle) sowie Fälle der **sonstigen sexuellen Nötigung** (474 Fälle) nahezu gleich. Der **sexuelle Missbrauch von Schutzbefohlenen** nahm um zehn auf 32 Fälle ab, die **Ausübung verbotener Prostitution** verzeichnete eine Zunahme um 38 auf 317 Fälle. Der **sexuelle Missbrauch von Kindern** stieg im Wesentlichen, bedingt durch ein Strafverfahren bei der PD Limburg/Weilburg, um 318 auf 1.119 Fälle (+39,7 %), während die **Verbreitung pornografischer Schriften** um 45 Fälle auf 577 (-7,2 %) leicht rückläufig ist.

## 2.3 Rohheitsdelikte

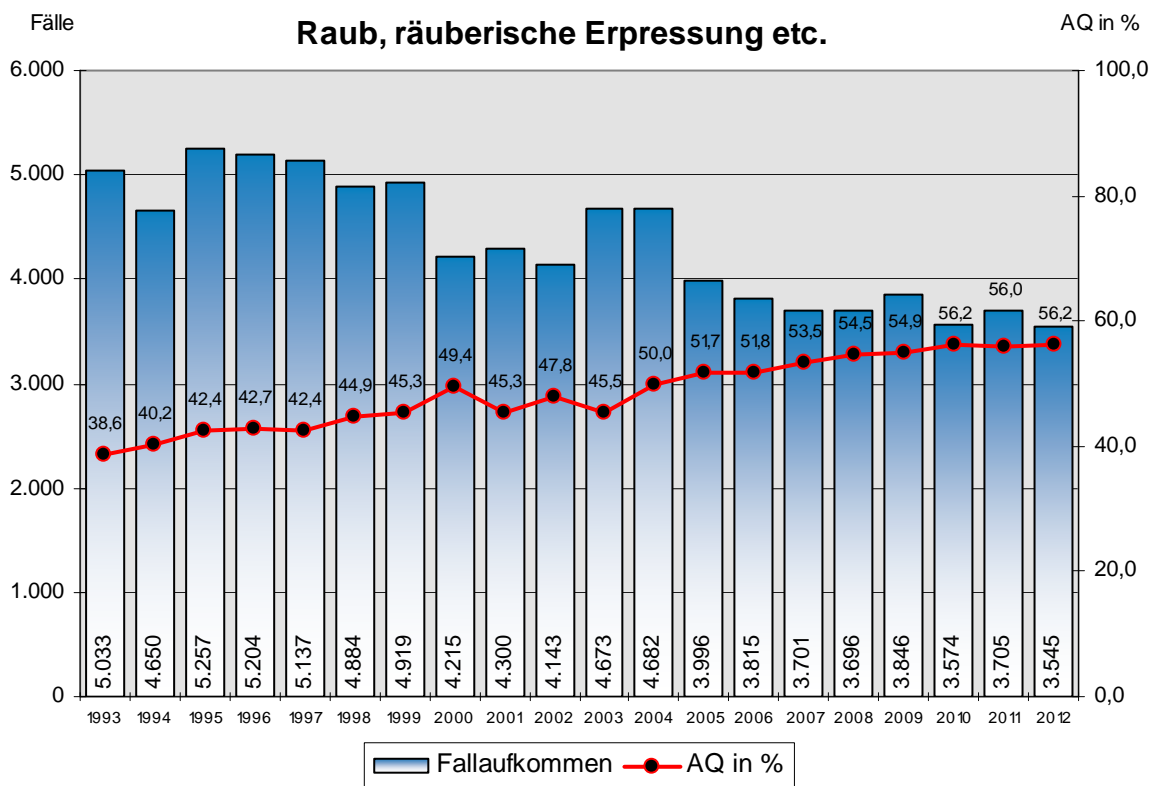
Unter Rohheitsdelikten werden die drei Fallgruppen Raubdelikte, Körperverletzungsdelikte und Delikte gegen die persönliche Freiheit verstanden.

### 2.3.1 Raubdelikte

**Raub und räuberische Erpressung** haben gegenüber dem Vorjahr um 160 auf 3.545 Fälle abgenommen (-4,3 %). Langfristig ist dieser Deliktsbereich weiterhin rückläufig und hat damit den niedrigsten Wert seit 20 Jahren. Die Aufklärungsquote ist mit 56,2 % (+0,2 Prozentpunkte) auf einem weiterhin hohen Niveau.

Bei einer regionalen Betrachtung sind im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Südhessen (361 Fälle = -50 Fälle) und des Polizeipräsidiums Südosthessen (549 Fälle = -118 Fälle) die deutlichsten Straftatenrückgänge zu verzeichnen.

**Grafik 3:** Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1993 bis 2012 bei Raubdelikten



Innerhalb dieses Deliktsbereichs haben unterschiedliche Entwicklungen stattgefunden:

Beim **schweren Raub auf öffentlichen Wegen/Straßen/Plätzen** ist eine Steigerung von 32 auf 274 Fälle im Vergleich zum Vorjahr festzustellen.

**Raubüberfälle in Wohnungen**, die seit 2009 anstiegen, sind im Vergleich zum Vorjahr erstmals leicht rückläufig. Hier sanken die Fallzahlen um acht Fälle (-3,4 %) auf 224. Die Aufklärungsquote ist um 7,9 Prozentpunkte auf 78,6 % gestiegen.

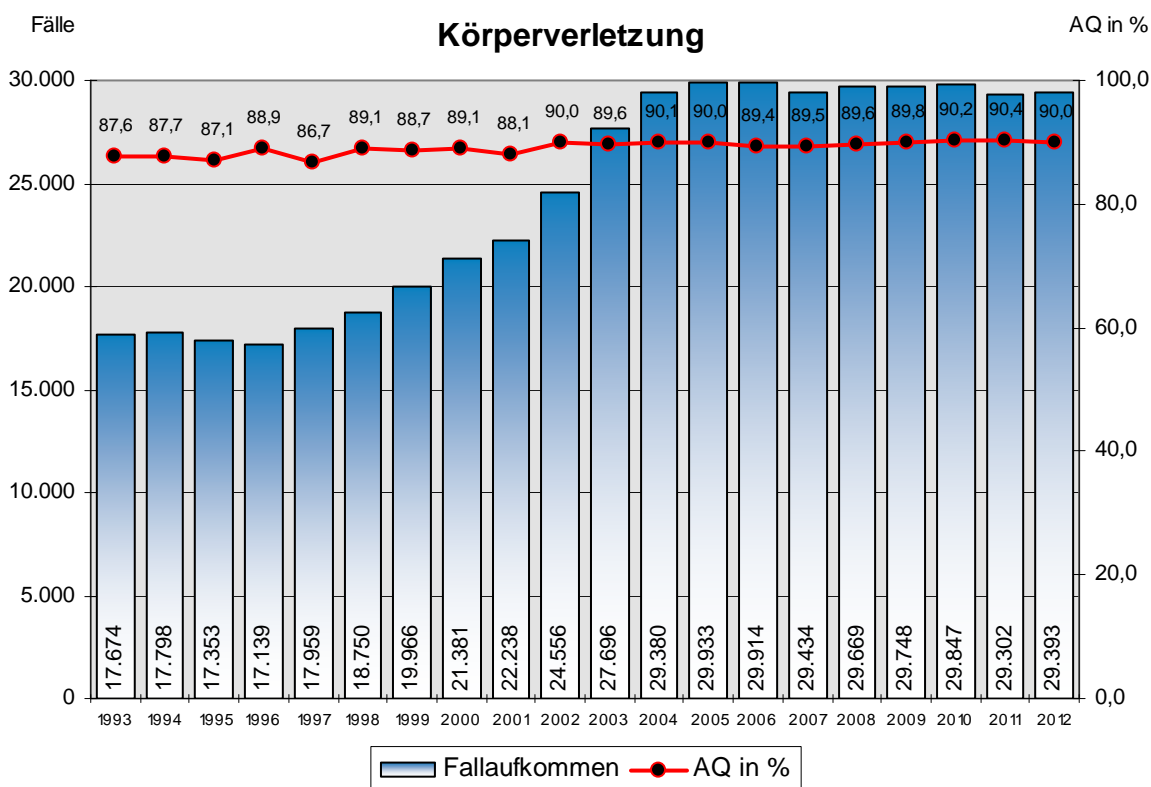
Beim **Handtaschenraub** hat es einen Rückgang um 45 auf 244 Fälle (-15,6 %) gegeben. Nach 1971 handelt es sich hier um den zweitniedrigsten Wert sowie die bisher beste Aufklärungsquote (38,9 %).

**Sonstige Raubüberfälle auf öffentlichen Straßen, Wegen oder Plätzen** haben um 63 Fälle auf 1.633 (-3,7 %) leicht abgenommen.

### 2.3.2 Körperverletzungen

Bei den Körperverletzungen sind die Fallzahlen gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen. Es konnte eine Zunahme um 91 Fälle (+0,3 %) auf 29.393 Fälle festgestellt werden. Zwei Drittel aller Körperverletzungen sind vorsätzliche leichte (19.118 Fälle) bzw. fahrlässige Körperverletzungsdelikte (810 Fälle). Die Zahl der gefährlichen oder schweren Körperverletzungen ist mit 9.113 Straftaten um 203 Fälle gegenüber dem Vorjahr gesunken. Traditionell ist die Aufklärungsquote in diesem Deliktsbereich mit 90,0 % sehr hoch.

Grafik 4: Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1993 bis 2012 bei Körperverletzungsdelikten

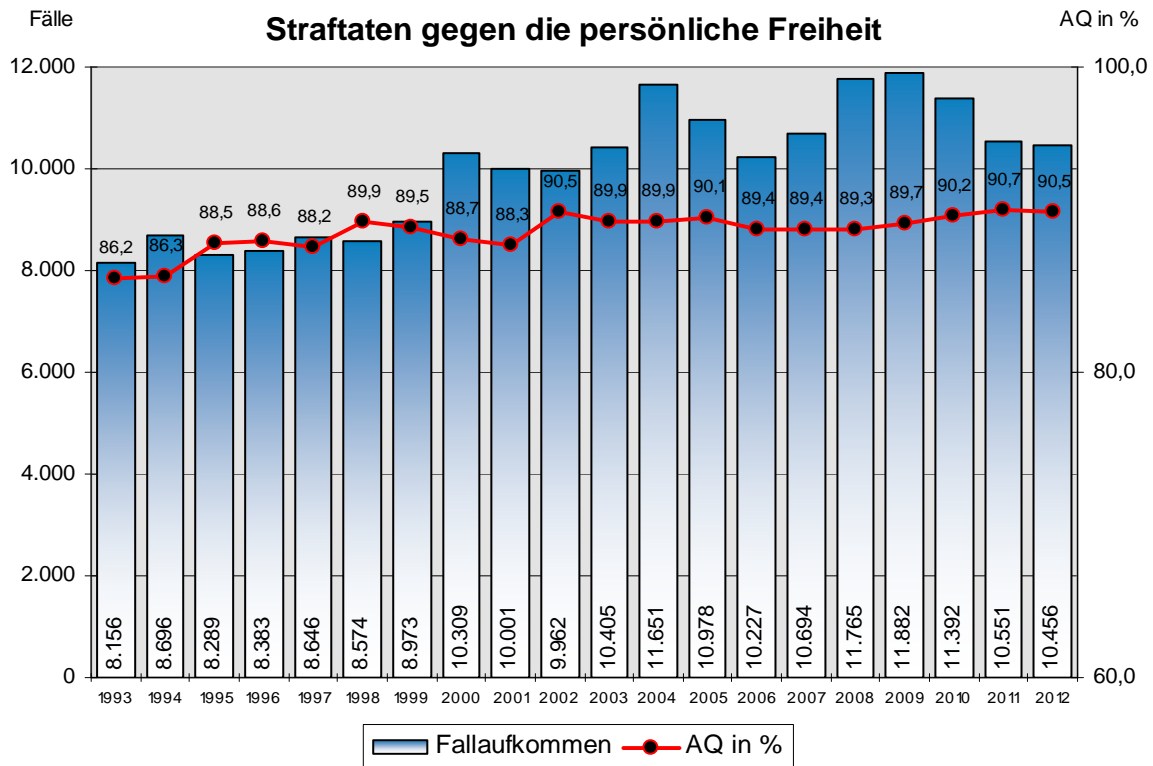


In den Jahren 2002 bis einschließlich 2012 wurden 76.361 Fälle der **häuslichen Gewalt** registriert. 2011 wurden 7.562 Fälle der häuslichen Gewalt erfasst; 2012 waren es 7.624 Fälle. Häusliche Gewalt umfasst neben Körperverletzungsdelikten, die mit 5.747 Fällen wie die Jahre zuvor den größten Anteil darstellen, auch Straftaten gegen das Leben, Bedrohung, Beleidigung und Sachbeschädigung.

### 2.3.3 Straftaten gegen die persönliche Freiheit

Diese Straftatengruppe hat um 95 auf 10.456 Fälle abgenommen (-0,9 %).

**Grafik 5:** Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1993 bis 2012 bei Straftaten gegen die persönliche Freiheit



Dies betrifft insbesondere die Fallzahlen bei der **Nötigung** mit 3.306 Fällen (-153 Fälle) und der **Nachstellung - Stalking** gemäß § 238 StGB mit 1.399 Fällen (-88 Fälle). **Bedrohungsdelikte** hingegen haben um 157 auf 5.289 Fälle zugenommen.

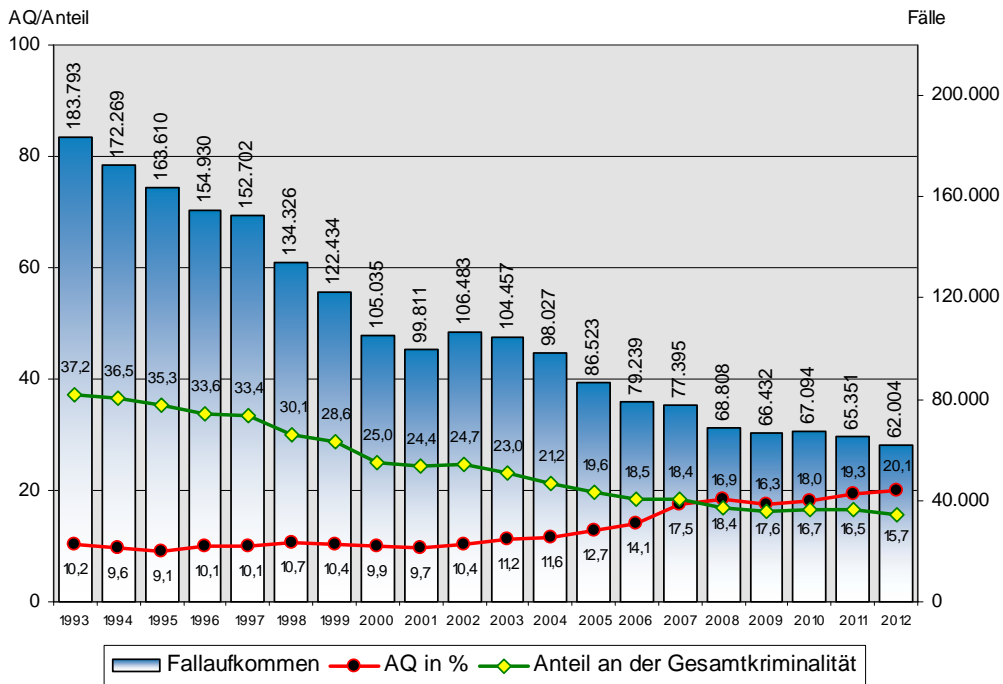
### 2.4 Diebstahl

Die Zahlen des **Diebstahls ohne erschwerende Umstände („einfacher“ Diebstahl)** sind im Vergleich zum Vorjahr mit einer Zunahme von 61 Fällen auf insgesamt 83.863 Fälle geringfügig angestiegen (+0,1 %), können aber immer noch den zweitniedrigsten Wert seit 1977 vorweisen.

Der **Diebstahl unter erschwerenden Umständen („schwerer“ Diebstahl)** ist hingegen um 3.347 Fälle (-5,1 %) rückläufig. Mit 62.004 Fällen ist das der niedrigste Wert seit Einführung der EDV-gestützten PKS im Jahr 1971. Der Anteil des schweren Diebstahls an der Gesamtkriminalität hat von 39,8 % im Jahr 1992 fast kontinuierlich auf 15,7 % abgenommen. Im Gegensatz dazu konnte die Aufklärungsquote auf 20,1 % gesteigert werden.

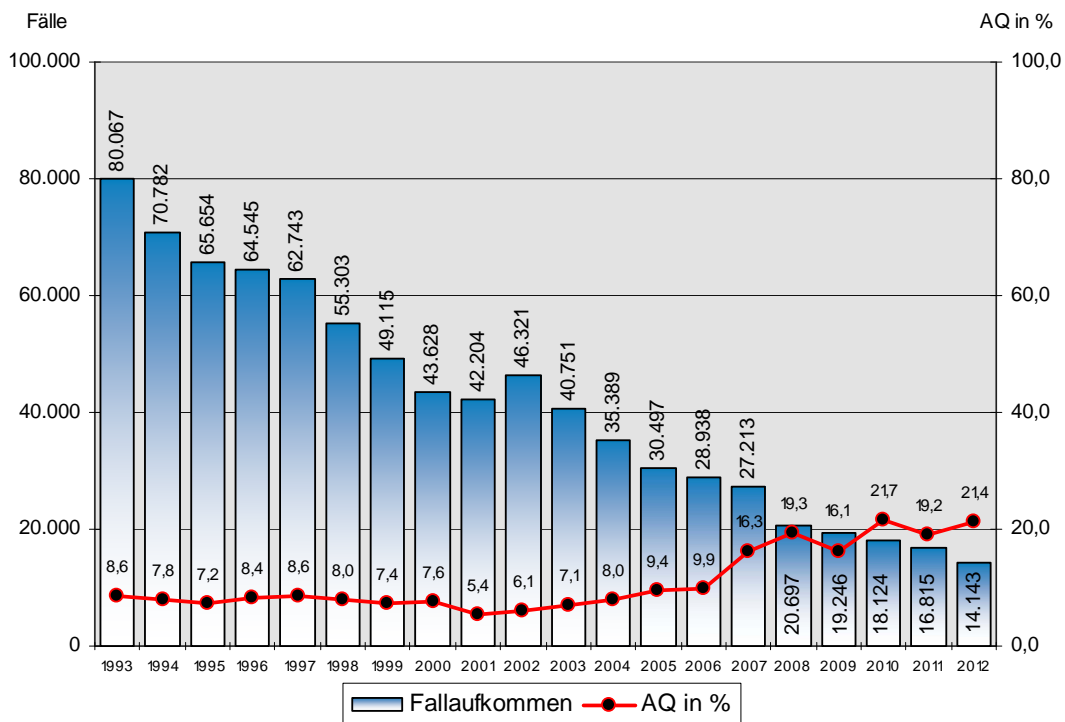


**Grafik 6:** Entwicklung der Fallzahlen, des Anteils an der Gesamtkriminalität und der Aufklärungsquoten von 1993 bis 2012 bei schwerem Diebstahl



Beim **Diebstahl in/aus Kraftfahrzeugen insgesamt** ist ein Rückgang um 2.672 Fälle auf 14.143 Fälle (-15,9 %) zu verzeichnen, was auf die Entwicklung des **schweren Diebstahls in/aus Kraftfahrzeugen** (-2.694 auf 10.942 Straftaten) zurückzuführen ist. Langfristig gesehen liegt die Fallzahl weit unter den Zahlen der Jahre 1986 bis 1996 mit dem Höchstwert von 103.552 Fällen im Jahr 1987. Seit 1992 ist eine rückläufige Entwicklung feststellbar. Im Jahr 2012 wurde der niedrigste Wert seit Einführung der EDV im Jahre 1971 verzeichnet.

**Grafik 7:** Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1993 bis 2012 bei Diebstahl in/aus Kfz insgesamt



Im Bereich des **Diebstahls in/aus Kraftfahrzeugen unter erschwerten Umständen** ist ein positiver Trend der Gesamtfallzahlen (-19,8 %) zu erkennen.

Hier zeigt sich insbesondere beim Diebstahl fest eingebauter Navigationsgeräte eine deutliche Senkung der Fallzahlen von 1.996 auf 1.353 Fälle (-32,3 %).

Mit ausschlaggebend für diesen Umstand dürfte der erfolgreiche Abschluss mehrerer Ermittlungsverfahren im Bereich der Polizeipräsidien Südhessen und Frankfurt zu Beginn und Mitte des Jahres gewesen sein.

2012 waren in Hessen 1.483 **Diebstähle von Kraftwagen** festzustellen. Dies entspricht einem Rückgang um 124 Fälle (-7,7 %). Darunter wurden 1.137 Fälle Kfz-Diebstähle **unter erschwerten Umständen** begangen. Bei den aufgeklärten Fällen agieren hier nach polizeilichen Erkenntnissen zumeist professionelle osteuropäische Tätergruppierungen.

Die leicht gesunkene Aufklärungsquote gegenüber dem Jahr 2011 (-4,3 Prozentpunkte) ist hierbei auch der zunehmenden Professionalisierung der Täter geschuldet, die sich durch ständige Anpassung an technische Neuerungen und deren Überwindung dem polizeilichen Zugriff zu entziehen wissen.

Die Präferenzen der Täter liegen hierbei deutlich auf hochwertigen PKW der Hersteller BMW, Audi, VW und Daimler Benz, die in Richtung Osteuropa, meist auf eigener Achse, verbracht werden.

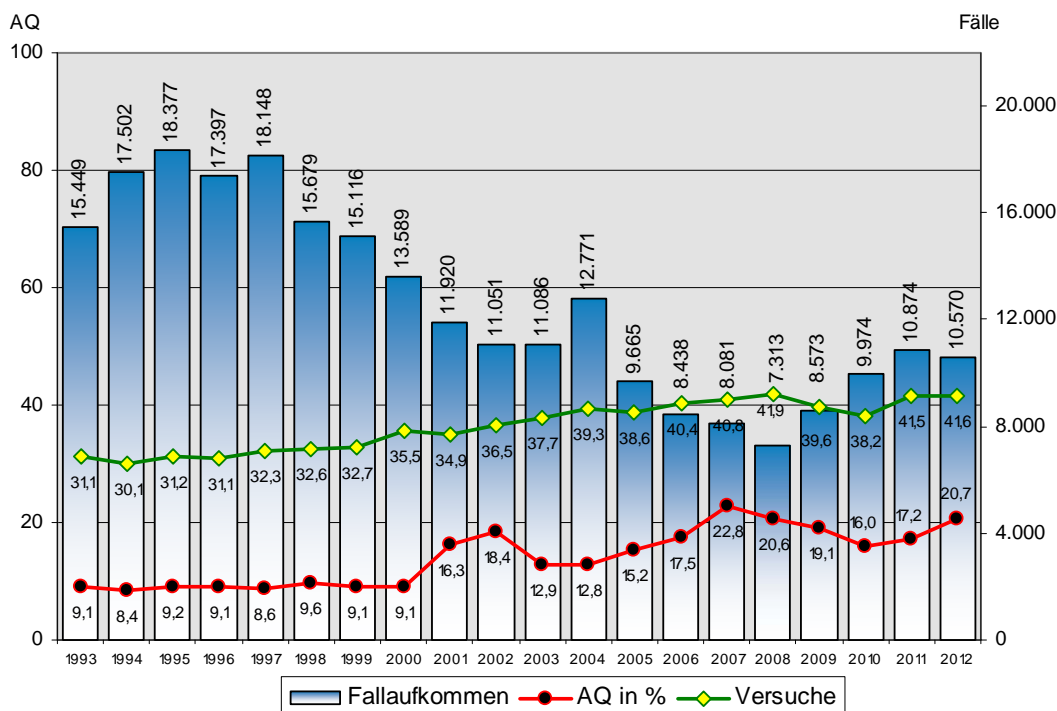
Im Jahr 2012 war hier nochmals ein deutlicher Anstieg der Versuche und Total-Entwendungen von Fahrzeugen der Marke BMW, Typ X5, X6 und 5er-Reihe auf knapp 300 Fälle insgesamt zu verzeichnen.

Die Fallzahlen zum Nachteil der Fahrzeughersteller Audi und VW (Typ Multivan) sind demgegenüber auf dem Niveau des Vorjahres geblieben.

Der **Diebstahl in/aus Wohnungen** (einfache und schwere Fälle) ist insgesamt um 320 Fälle (-2,2 %) auf 14.321 gesunken und damit rückläufig.

Dabei sind im Vergleich zu 2011 insbesondere die Fallzahlen beim **Wohnungseinbruchdiebstahl** (WED) um 304 Fälle auf insgesamt 10.570 zurückgegangen (-2,8 %).

**Grafik 8:** Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1993 bis 2012 beim Wohnungseinbruchdiebstahl



Den seit dem Jahr 2009 kontinuierlich gestiegenen Fallzahlen stehen 2012 erstmals wieder gesunkene Fallzahlen gegenüber.

Gleichzeitig konnte die Aufklärungsquote im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um +3,5 Prozentpunkte, dem zweitbesten Ergebnis der letzten 20 Jahre, auf insgesamt 20,7 % deutlich gesteigert werden.

Der hohe Anteil der Versuchshandlungen (4.399 Fälle = 41,6 %) belegt die Wirksamkeit und die Erforderlichkeit von Präventionsmaßnahmen.

Für das Phänomen des **Tageswohnungseinbruchs** ist gegenüber dem Jahr 2011 eine Abnahme um 233 Fälle auf insgesamt 4.262 Straftaten (-5,2 %) zu verzeichnen.

Der mehrjährige Trend steigender Fallzahlen des **Wohnungseinbruchdiebstahls** in Hessen konnte mit modifizierten Einsatzkonzeptionen und Bekämpfungsmaßnahmen gestoppt werden. Dies war mit einem hohen Kräfteansatz verbunden.

Unter anderem wurde vor der Ferienzeit in Hessen ein fünfstufiges Konzept entwickelt und schließlich unter der Federführung des HLKA mit der Kampagne „Sicheres Hessen - Einbrechern einen Riegel vorschieben“ umgesetzt.

An verschiedenen Tagen wurden umfangreiche brennpunktorientierte Einsätze durchgeführt, u. a.

- Bürgerberatung (Präventionsmobil, aufsuchende Bürgerarbeit, mobile Wachen)
- Informationsveranstaltungen,
- Einführung Tatortgruppen in den Polizeipräsidien,
- vorrangige Bearbeitung von DNA-Spuren,
- verstärkte Maßnahmen der Sachfahndung,
- vermehrte Kontrolle von An- und Verkaufstellen,
- Benennung von Koordinatoren in den Polizeipräsidien,
- Unterstützungs- und Konzeptionseinsätze durch die Bereitschaftspolizei.

Nach vorliegenden Erkenntnissen sind die Täterstrukturen in diesem Phänomenbereich sehr divergent und reichen vom örtlichen Einzeltäter bis zu mobilen, hoch organisierten und planvoll vorgehenden internationalen Tätergruppen. Die nahezu täglich durchgeführten Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen richteten sich auch gegen überregional agierende Wohnungseinbrecher, die häufig aus Südosteuropa zur bandenmäßigen Straftatenbegehung anreisen. Das Phänomen der reisenden Wohnungseinbrecher aus dem deutsch-französischen Grenzgebiet wirkte sich nicht so stark wie in den Vorjahren auf die Fallzahlenentwicklung aus. Dies hängt u. a. mit dem konsequenten Einschreiten der französischen Strafverfolgungsbehörden gegen die ortsansässigen Drahtzieher zusammen sowie auch mit entsprechenden Kontrollmaßnahmen, die im Bereich des Polizeipräsidiums Südhessen durchgeführt wurden.

Noch vor Beginn der dunklen Jahreszeit (Hauptsaison) kam es insbesondere im Zuständigkeitsbereich der Polizeipräsidien Südosthessen und Mittelhessen zu Festnahmen mehrerer Wohnungseinbrecher und zur Zerschlagung von erkannten Bandenstrukturen.

Dem Polizeipräsidium Frankfurt gelang z. B. die Zerschlagung der sogenannten „Profilylinder-Abdreher“, die mit einer Wohnungseinbruchserie im Frankfurter Bahnhofsbereich für hohe Fallzahlen verantwortlich waren.

- In Offenbach wurden verschiedene Ermittlungsverfahren wegen schweren bandenmäßigen Wohnungseinbruchdiebstahls gegen örtlich sowie überörtlich agierende Tätergruppierungen geführt. Im Rahmen umfangreicher verdeckter Maßnahmen und offener Ermittlungen konnten u. a. in vier Verfahren über 60 Straftaten nachgewiesen werden. Allein einer Offenbacher Einbrecherbande konnten 150 Straftaten zugeordnet werden.

- Auch in Mittelhessen konnten mehrere Tatverdächtige festgenommen und eine Taterie unterbrochen werden. In Marburg wurde gegen mehrere Tatverdächtige wegen banden- und gewerbsmäßigen Wohnungseinbruchdiebstahls ermittelt. Mittlerweile sind 53 Fälle beim Landgericht Marburg angeklagt. Die Tatorte lagen im Bereich der Polizeipräsidien Mittel-, Nord- und Südosthessen. Bei Durchsuchungsmaßnahmen an sieben Objekten wurden über 500 Beweisgegenstände sicher-gestellt und im Rahmen einer Ausstellung potentiellen Geschädigten vorgelegt. 460 Geschädigte wurden persönlich angeschrieben, darüber hinaus wurde in Presse, Internet und im HR-Fernsehen auf die Ausstellung hingewiesen. Es konnten mehrere Einzelstücke von ihren Besitzern identifiziert werden.

Darüber hinaus tragen die bereits in einigen Polizeipräsidien neu eingerichteten Tatortgruppen bzw. Tatortkommissariate in diesem Deliktsbereich durch eine unmittelbare Tatortarbeit zu einer schnelleren und qualifizierten Bearbeitung und Tataufklärung bei. Nach Entdeckung eines Wohnungseinbruchdiebstahls werden unmittelbar die notwendigen Sofortermittlungen durchgeführt und Tatortspuren gesichert. Durch das Angebot einer Sicherheitsberatung wird den Betroffenen geholfen, sich schnell wieder in den eigenen vier Wänden sicherer zu fühlen.

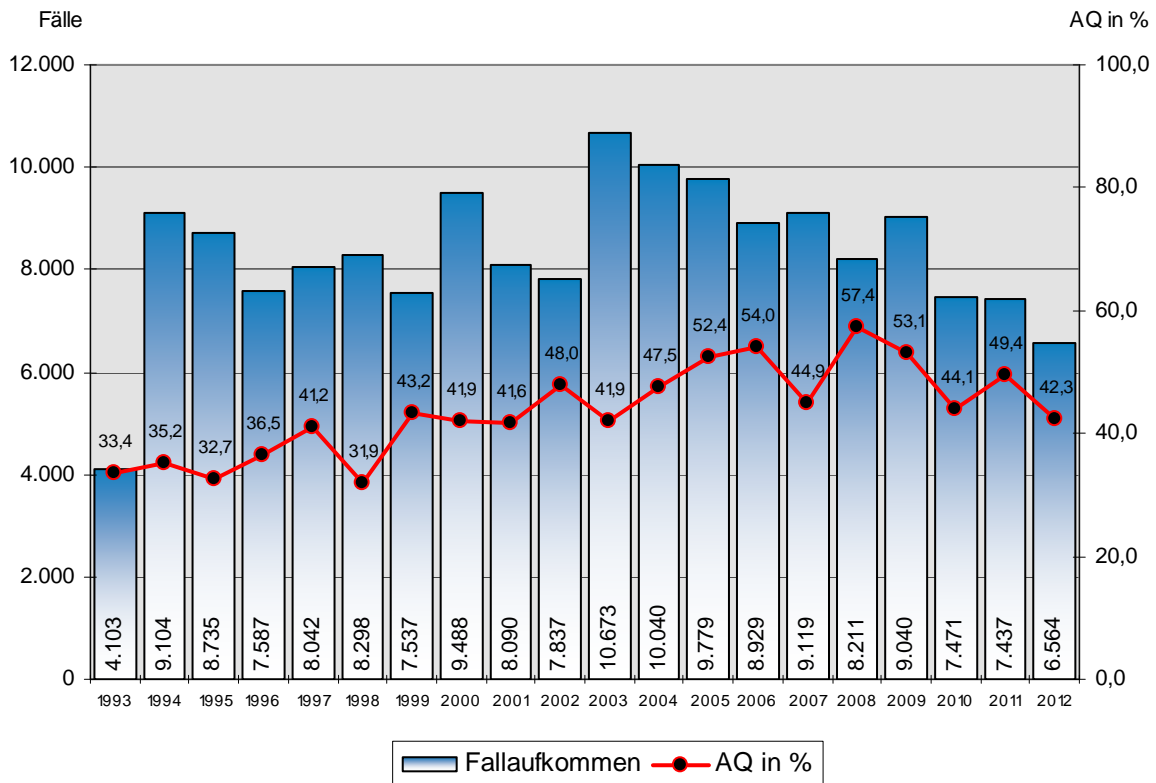
Neben den vielen Maßnahmen, die in Hessen zur Bekämpfung des WED schon gegriffen haben, wird für die Zukunft sicherlich die beabsichtigte Einführung der Buchführungspflicht bei „An- und Verkaufstellen“ eine wichtige Rolle spielen.

## 2.5 Vermögens- und Fälschungsdelikte

**Vermögens- und Fälschungsdelikte** haben um 266 (+0,3 %) auf 91.007 Fälle leicht zugenommen. Den Schwerpunkt dieser Deliktgruppe bildet der Betrug, der um 676 (+0,9 %) auf 76.357 Fälle zunahm. Allerdings verlief diese Entwicklung nicht einheitlich.

**Betrug mittels rechtswidrig erlangter unbarer Zahlungsmittel insgesamt** hat erneut um 873 Fälle (-11,7 %) auf 6.564 Fälle abgenommen und damit den rückläufigen Trend seit 2010 weiter fortgesetzt.

**Grafik 9:** Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1993 bis 2012 beim Betrug mittels rechtswidrig erlangter Zahlungsmittel



Im Bereich des **Leistungsbetruges** wurde, nach einem deutlichen Rückgang im Jahr 2011 (-27,4 %), wieder ein Anstieg der Fallzahlen um 1.872 (+58,2 %) auf 5.089 Fälle verzeichnet. Hier ragt das Polizeipräsidium Frankfurt mit einer Zunahme um 2.888 Fälle deutlich heraus. Die Zunahme im Polizeipräsidium Frankfurt beruht im Wesentlichen auf der Einrichtung der „AG Win“ im Jahr 2011, die eine Vielzahl von Ermittlungsverfahren wegen gewerbsmäßigen Betruges i. Z. m. Abo-Fallen im Internet, Gewinnspiel-Abos, Abkaufen von Lebensversicherungen bzw. sonstigen betrügerischen Geldforderungen über die modernen Kommunikationsmedien im Jahr 2012 zum Abschluss gebracht hat.

Die Abnahme beim **Betrug zum Nachteil von Sozialversicherungen und Sozialversicherungsträgern** um 123 Fälle (-38,2 %) auf 199 Straftaten und beim **sonstigen Sozialleistungsbetrug** um 106 Fälle (-11,9 %) auf 783 Straftaten verteilt sich, mit Ausnahme des Polizeipräsidiums Südosthessen, auf alle Polizeipräsidien.

Im Bereich des **Abrechnungsbetruges** ist eine bedeutende Fallzunahme um 855 auf 979 Fälle aufgrund eines Ermittlungsverfahrens beim Polizeipräsidium Osthessen (+777 Fälle) zu verzeichnen. Gegenstand dieses Verfahrens ist der gewerbsmäßige Abrechnungsbetrug von u. a. erotischen Telefondienstleistungen.

Die Fallzunahme im Bereich des **Abrechnungsbetruges im Gesundheitswesen** um 92 Fälle auf 133 Fälle ist im Wesentlichen dem Polizeipräsidium Mittelhessen (+56 Fälle) geschuldet. Hier wurde ein größeres Ermittlungsverfahren wegen Betrugs zum Nachteil einer Krankenkasse geführt.

Im Deliktsbereich des **Waren- und Warenkreditbetruges** setzte sich der rückläufige Trend aus dem Vorjahr nicht fort. Es wurde ein Fallanstieg um 844 (+5,2 %) auf insgesamt 17.146 Fälle registriert.

Für die Steigerungen sind die Polizeipräsidien Osthessen (+557 Fälle = +43,6 %), Südhessen (+334 Fälle = +17,7 %) und Südosthessen (+229 Fälle = +9,3 %) verantwortlich. Im Polizeipräsidium Osthessen sorgten Delikte im Zusammenhang mit dem **Tatmittel Internet** (E-Bay-Kleinanzeigen) für eine deutliche Fallzunahme. Darüber hinaus konnten zwei Serientäter ermittelt und festgenommen werden, die für eine Vielzahl von Fällen verantwortlich gemacht werden. Ähnlich gelagerte Sammelverfahren führten auch die Polizeipräsidien Süd- und Südosthessen.

Der **Computerbetrug** ist im Gegensatz zum Vorjahr wieder angestiegen. Hier wurden 1.550 Fälle (+164 Fälle = +11,8 %) erfasst.

Die Fälle des **Erschleichens von Leistungen**, überwiegend in Form von **Beförderungsererschleichung**, stiegen um 806 auf 23.244 Fälle (+3,6 %). Diese Entwicklung ist durch das Kontroll- und Anzeigeverhalten der Verkehrsbetriebe und der Bundespolizei beeinflusst.

Die Straftaten im Bereich des **Kontoeröffnungs-/ Überweisungsbetruges** sind auf 1.483 Fälle (-579 Fälle = -28,1 %) gesunken. Im Einzelnen sanken die Fallzahlen für den Kontoeröffnungsbetrug von 406 auf 275 Fälle (-32,3 %) und beim Überweisungsbetrug von 1.656 auf 1.208 Fälle (-27,1 %).

Der höchste Rückgang beim Kontoeröffnungsbetrug konnte mit 121 Fällen (-54,0 %) beim Polizeipräsidium Frankfurt verzeichnet werden. Dies dürfte auf verschiedene Sammelverfahren, darunter ein größeres Ermittlungsverfahren, welches bereits seit 2009 durch die AG K.A.N. (Arbeitsgruppe Kreditkartenanträge) geführt und in 2011 beendet wurde, zurückzuführen sein.

Beim Überweisungsbetrug ist es ebenfalls das Polizeipräsidium Frankfurt, das die größte Abnahme verzeichnen kann. Waren im Jahr 2011 noch 687 Fälle registriert worden, sank die Zahl der Fälle nun um 327 (-47,6 %) auf 360 Fälle.

Der **Beteiligungs- und Kapitalanlagebetrug** hat im Jahr 2011 auf 1.167 Fälle (+414,1 %) zugenommen. Diese Spitze wurde im Jahr 2012 deutlich gekappt. Die Fallzahlen sanken um 1.047 Fälle auf nunmehr 120 Fälle (-89,7 %).

Der signifikante Rückgang der Fälle des Beteiligungs- und Kapitalanlagebetruges ist auf die im Jahr 2011 abgeschlossenen, umfangreichen Ermittlungsverfahren wegen Anlagebetruges bei den Polizeipräsidien Südosthessen und Frankfurt zurückzuführen. Beim Polizeipräsidium Südosthessen wurde ein Rückgang der Fallzahlen um 746 Fälle (-98,8 %) und beim Polizeipräsidium Frankfurt um 130 (-91,5 %) verzeichnet.

Die 5.282 registrierten **Urkundenfälschungen** sind, bei einer AQ von 85,0 %, gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Prozentpunkte leicht gesunken. Dies ist auch ein Erfolg der hessischen Konzeption „Bekämpfung der Urkundenkriminalität“, die im Jahr 2010 begonnen und zum Jahresende 2012 mit der geplanten Einrichtung von insgesamt landesweit 26 Urkundenvorprüf- und Urkundenprüfstellen zum Abschluss gebracht wurde. Zielgerichtet erfolgen in den neuen Dienststellen qualifizierte Dokumentenüberprüfungen, um Fälschungen zu erkennen. Darüber hinaus sollen dadurch aber auch beabsichtigte Folgetaten festgestellt und verhindert werden, wie beispielsweise Kontoeröffnungsbetrug, Kreditbetrug, illegaler Aufenthalt, Menschenhandel, Rotlichtkriminalität oder Geldwäsche.

Im Jahr 2012 wurden 164 Fälle der **Fälschung von Zahlungskarten** statistisch erfasst. Dies entspricht einem Rückgang um 257 Fälle (-61,0 %) gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Auch beim **Gebrauch falscher Zahlungskarten** war eine deutlicher Fallrückgang um 219 auf 70 Fälle (-75,8 %) festzustellen.

Ebenso sind die Angriffe auf Geldausgabeautomaten mit Zielrichtung der **Erlangung von Zahlungskartendaten und PIN** stark rückläufig.

Die ausgewiesenen Fallrückgänge sind auf ein nun angepasstes Erfassungsverhalten aufgrund des Beschlusses des BGH, Az. 4 StR 555/09 vom 18.03.2010 zurückzuführen. Dies führte im Jahr 2011 zu einer Verschiebung der Fallerfassung, hat sich nun aber wieder relativiert.

### Verwandte Deliktphänomene

Vermehrt wurden Diebstahlshandlungen an Geldautomaten unter Anwendung der Tatbegehungsweisen Cash Trapping sowie Transport Cashing festgestellt. Die Straftaten werden statistisch als (banden- / gewerbsmäßiger) Trickdiebstahl erfasst.

Beim **Cash Trapping** manipulieren Täter die Geldausgabeautomaten mit einer Klebevorrichtung bzw. einer vorgebauten Blende dergestalt, dass das von den geschädigten Bankkunden abgehobene Geld nicht ausgegeben werden kann. Sobald sich die Bankkunden vom Geldautomaten entfernen, um die vermeintliche Störung zu melden, entnehmen die Täter die Geldscheine und flüchten.

Beim **Transport Cashing** nehmen die unbekanntes Täter eine erste Abhebung mit einer Prepaid-Kreditkarte vor und blockieren das Geldausgabefach des Automaten mittels eines gabelähnlichen Gegenstandes. Anschließend starten die Täter größere Abhebungen, deren technische Abläufe sie allerdings abrechnen. So werden die Buchungen bankintern storniert. Die Ausgabe der Banknoten erfolgt jedoch aufgrund des manipulierten Geldausgabefaches.

## 2.6 Sonstige Straftaten nach dem Strafgesetzbuch (StGB)

Die sonstigen Straftaten nach dem Strafgesetzbuch haben insgesamt um 1,1 Prozent auf 66.354 Fälle abgenommen.

Fallabnahmen weisen **Beleidigungen** um 209 auf 9.219 Fälle (-2,2 %) sowie **Sachbeschädigungen** um 874 auf 38.899 Fälle (-2,2 %) auf.

**Erpressungs- und Geldwäschedelikte** haben zugenommen. Geldwäschedelikte sind um 118 auf 850 Fälle (+16,1 %) und Erpressungen um 660 auf 1.094 Fälle (+152,1 %) gestiegen. Das gestiegene Fallaufkommen im Bereich der Geldwäsche kann unter anderem auf das veränderte Meldeverhalten der nach § 2 GWG meldepflichtigen Institute sowie auf Ermittlungen gegen sogenannte „Finanzagenten“ im Bereich des Überweisungsbetrugs zurückgeführt werden.

Die Fallzunahme bei Erpressung resultiert aus einem rasanten Anzeigeaufkommen im Zusammenhang mit den Phänomenen „Ransomware“.

**Wettbewerbs-, Korruptions- und Amtsdelikte** sind um 37 auf 229 Fälle (+19,3 %) deutlich und Widerstand gegen die Staatsgewalt und Straftaten gegen die öffentliche Ordnung um insgesamt 66 auf 6.150 Fälle (+1,1 %) leicht gestiegen.

Im Jahr 2012 mussten 1.374 Fälle des **Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte** registriert werden. Dies bedeutet eine Zunahme um 97 Straftaten (+7,6 %). In fast allen Fällen (96,9 %) handelte es sich um **Widerstand gegen Polizeibeamte**.

Im Rahmen von alltäglichen Einsatzsituationen werden Polizeibeamte zunehmend mit körperlichen Übergriffen konfrontiert. Dabei ist eine sinkende Hemmschwelle bei der Gewaltanwendung gegen Polizeibesetzte zu beobachten. Bei der Qualität der Angriffe und den eingesetzten Tatmitteln, insbesondere gegen uniformierte Einsatzkräfte, war in den letzten Jahren eine kontinuierliche Verschärfung festzustellen.

Bei den Straftaten gegen die öffentliche Ordnung hat sich insbesondere die Entwicklung beim **Hausfriedensbruch** ausgewirkt. Hier wurden erneut 220 Fälle weniger festgestellt. Die Fallzahl für 2012 beträgt 2.822 (-7,2 %).

## 2.7 Straftaten gegen strafrechtliche Nebengesetze

In den strafrechtlichen Nebengesetzen sind u. a. Verstöße gegen ausländerrechtliche Vorschriften, Rauschgiftkriminalität, Straftaten gegen waffenrechtliche Bestimmungen sowie Straftaten auf dem Wirtschaftssektor enthalten.

Eine Steigerung um 2.444 Fälle kennzeichnet diesen Deliktsbereich in 2012. Durch den Zuwachs um 5,7 Prozent beträgt die Fallzahl 45.003. Die Aufklärungsquote ist naturgemäß mit 95,9 % hoch, da dieser Bereich einen hohen Anteil von Kontrolldelikten beinhaltet, bei denen mit Bekanntwerden der Straftat der Tatverdächtige in der Regel zugleich ermittelt ist.

Strafrechtliche Verstöße auf dem Wirtschaftssektor haben um 291 auf 1.219 Fälle abgenommen (-19,3 %). Siehe hierzu auch Abschnitt 2.8.

### 2.7.1 Ausländerrechtliche Delikte

Straftaten gegen **ausländerrechtliche Bestimmungen** nach dem Aufenthalts-, Asylverfahrens- oder Freizügigkeitsgesetz haben deutlich um 17,9 Prozent zugenommen, das ist ein Anstieg um 3.017 auf 19.837 Fälle. Damit bewegen sich die Fallzahlen fast wieder auf dem Niveau des Höchstwerts von 19.986 im Jahr 1998. Die größten Anteile haben Delikte im Zusammenhang mit unerlaubter Einreise (6.465 Fälle) und illegalem Aufenthalt (9.844 Fälle). Die Fallsteigerungen sind unter anderem auf die Entwicklungen in den nordafrikanischen Staaten, einem verändertes Anzeigeverhalten der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge sowie intensivere Kontrollmaßnahmen unter anderem am Flughafen Frankfurt am Main zurückzuführen.

### 2.7.2 Rauschgiftkriminalität

Im Berichtsjahr 2012 ist insgesamt eine leichte Steigerung der polizeilich bekannt gewordenen Rauschgiftdelikte **nach dem BtMG** zu verzeichnen. Die Fallzahlen stiegen von 19.406 Fällen aus dem Vorjahr um 136 auf 19.542 Fälle (+0,7 %). Die Aufklärungsquote ist mit 95,1 % gewohnt hoch.

Von dieser Entwicklung waren auch die konsumnahen Delikte (**Allgemeine Verstöße gegen das BtMG**), die sich um 292 auf 15.878 Fälle (+1,9 %) erhöhten, betroffen.

Beim **illegalen Handel / Schmuggel mit Betäubungsmitteln** ist ein Rückgang um 23 auf 2.181 Fälle (-1,0 %) zu verzeichnen.

Bei der **illegalen Einfuhr nicht geringer Mengen Rauschgifts** sind die Fallzahlen von 185 Fällen auf 131 (-29,2 %) deutlich gesunken. Der **Handel mit nicht geringen Mengen Rauschgifts** verzeichnet einen Rückgang um 125 auf 928 Fälle (-11,9 %).

Während in Hessen die Fallzahlen nahezu unverändert sind, könnte ein erhöhter Kontroll- und Fahndungsdruck, insbesondere in den Zuständigkeitsbereichen der Polizeipräsidien Westhessen und Südhessen, zu einem Anstieg um 260 Fälle (+13,4 %) in Westhessen und zu einem Anstieg um 146 Fälle (+8,0 %) in Südhessen geführt haben.

Die Zahl der Drogentoten hat sich 2012 um 17 Fälle auf 73 verringert. Der Missbrauch von Heroin war mit 38 Fällen hessenweit die am häufigsten registrierte Todesursache. In der



Altersgruppe der älteren Drogenabhängigen ab 30 Jahren und unter den männlichen Drogenabhängigen findet sich die größte Zahl der Drogentodesfälle.

Bei der regionalen Verteilung der Rauschgifttodesfälle war ein leichter Rückgang im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidium Frankfurt von 26 auf 21 und ein deutlicher Rückgang im Bereich des Polizeipräsidium Nordhessen von 20 auf acht Todesfälle zu verzeichnen.

### 2.7.3 Waffenkriminalität

Die Fallzahlen im Zusammenhang mit dem **Sprengstoff-, Waffen- oder Kriegswaffenkontrollgesetz** sind auf 3.235 gesunken; das ist ein Rückgang um 294 Fälle (-8,3 %).

Den weitaus größten Teil machen hiervon mit 93,6 % die Verstöße gegen das Waffengesetz aus (2.997 Fälle). Auch diese nahmen um 369 Fälle ab (-11,0 %) und bewegen sich in der seit Einführung des geänderten Waffengesetzes im Jahre 2003 zu beobachtenden Schwankungsbreite.

### 2.8 Wirtschaftskriminalität

Für den Bereich der Wirtschaftskriminalität war eine Steigerung um 1.945 auf 5.504 Fälle (+54,7 %) sowie eine Steigerung der Schadenssumme zu verzeichnen. Die Aufklärungsquote konnte auf insgesamt 98,4 % gesteigert werden. Hier handelt es sich um einen Summenschlüssel.

In den Untergruppen zeigen sich folgende Auffälligkeiten:

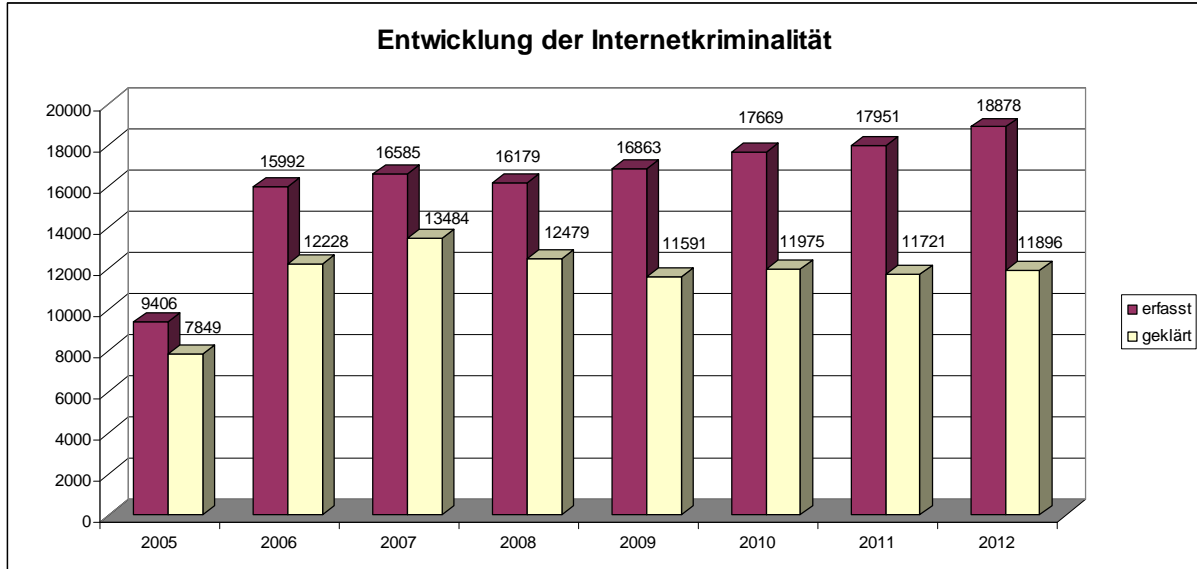
Steigerungen bei **Betrugsdelikten** um 2.217 auf 4.225 Fälle (+110,4 %); Steigerung der **Wettbewerbsdelikte** insgesamt um 7 auf 195 Fälle (+3,7 %); Rückgang bei **Betrug und Untreue im Zusammenhang mit Beteiligungen und Kapitalanlagen** um 1.026 auf 139 Fälle (-88,1 %); Rückgang im **Anlage- und Finanzierungsbereich** um 951 auf 371 Fälle (-71,9 %); Rückgang der **Insolvenzstraftaten** um 52 auf 378 Fälle (-12,1 %); Rückgang der Fallzahlen **im Zusammenhang mit Arbeitsverhältnissen** um 33 auf 338 Fälle (-8,9 %).

## 2.9 Internetkriminalität

### 2.9.1 Fallaufkommen und Entwicklung

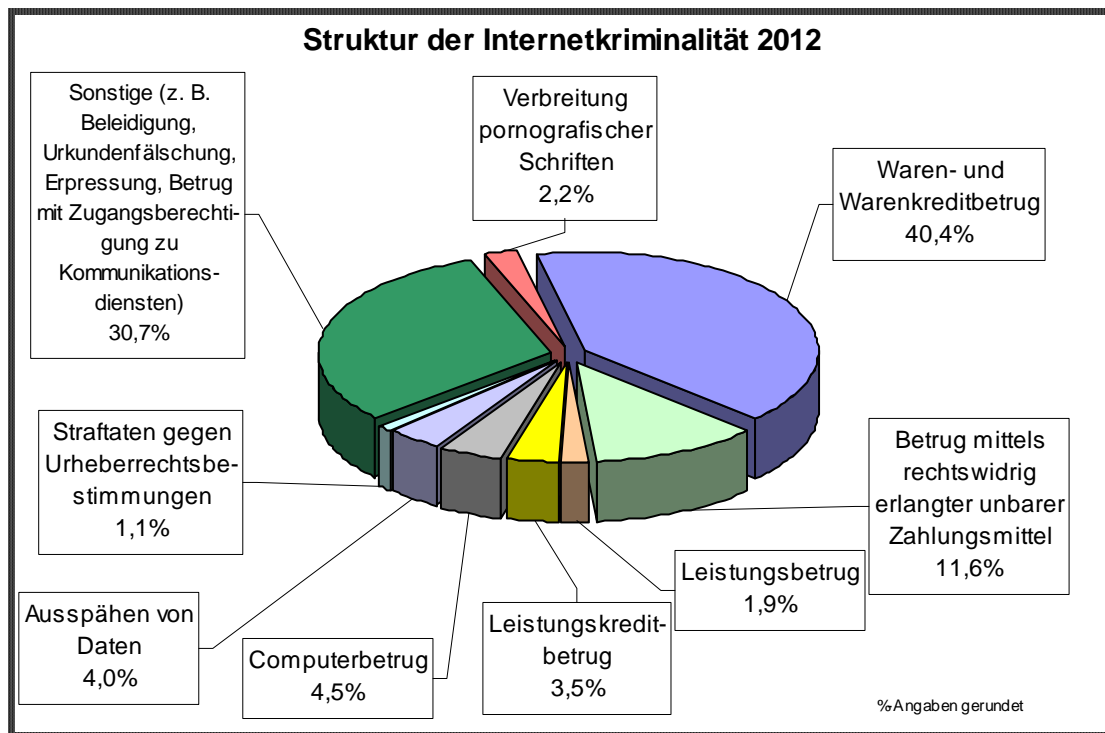
Die mit der Sonderkennung „Tatmittel Internet“ registrierten Straftaten verzeichnen im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme um 927 auf 18.878 Fälle (+ 5,2 %). Die Aufklärungsquote verringerte sich von 65,3 % auf 63,0 %.

Grafik 10: Entwicklung Internetkriminalität



Den weitaus größten Anteil der Internetdelikte machen die Deliktgruppen der **Vermögens- und Fälschungsdelikte** (14.811 Fälle) sowie die **sonstigen Straftaten nach dem StGB** (2.754 Fälle) aus.

Grafik 11: Struktur der Internetkriminalität



Bei Vermögens- und Fälschungsdelikten waren insbesondere **Waren-/Warenkreditbetrug** mit 7.625 Fällen (AQ 81,9%), **sonstiger Betrug** mit 4.448 Fällen (AQ 52,9%), **Betrug mit-**

**tels rechtswidrig erlangter unbarer Zahlungsmittel** mit 2.189 Fällen (AQ 32,9%) und **Fälschung beweisheblicher Daten/Täuschung im Rechtsverkehr bei Datenverarbeitung** mit 420 Fällen (AQ 29,5%) ohne signifikante Abweichungen gegenüber den Zahlen aus 2011 festzustellen.

Die Fallzahlen der sonstigen Straftaten nach dem StGB werden maßgeblich durch **Ausspähen von Daten** mit 752 Fällen (AQ 23,0%), **Beleidigung** mit 721 Fällen (AQ 82,1%), **Erpressung** mit 628 Fällen (AQ 6,8%) sowie **Datenveränderung/Computersabotage** mit 233 Fällen (26,6%) und 197 Fällen von **Geldwäsche** (AQ 93,4%) bestimmt.

Das **Ausspähen von Daten** ist mit fast 200 registrierten Fällen deutlich zurückgegangen; wobei die **Erpressung** mit einem Anstieg von 50 auf 628 Fälle und geringer AQ von nur 6,8% auffällig ist.

- Ein Großteil der hier erfassten Betrugsdelikte ist auf den Missbrauch im Online-Banking zurückzuführen. Nach Erlangung der Zugangs- und Transaktionsdaten (Ausspähen von Daten) erfolgt der Einsatz der erlangten Daten für unautorisierte Überweisungen (Computerbetrug) und anschließend eine Verschleierung des Geldflusses durch den Einsatz von angeworbenen Mittelsmännern (sog. Finanzagenten), die ihr Konto zur Verfügung stellen (Geldwäsche).
- Dieses grenzüberschreitende, professionelle und arbeitsteilige Vorgehen kann nur durch aufwendige und langwierige internationale Ermittlungen im Rahmen von Sammelverfahren erfolgreich abgeschlossen werden. Ein solches Ermittlungsverfahren wird derzeit von der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt/M. – Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) - in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Landeskriminalamt geführt.
- Die Fälle von Online-Erpressung erfolgten in der Vielzahl der Fälle mittels Schadsoftware (Ransomware), die den Zugriff auf ein Computersystem oder dessen Daten durch Verschlüsselung oder Löschung verhindert und ein Lösegeld vom Opfer für die Wiederherstellung des Zugangs fordert. Die Infizierung des Computers erfolgt dabei häufig über gefälschte E-Mails (z. B. Vertragsabschlüsse, Mitgliedschaften, Onlinekäufe oder Abmahnungen) mit einem Dateianhang, der die Schadsoftware beinhaltet. Der Nutzer wird über eine Bildschirmeinblendung aufgefordert, einen Betrag über einen Internet-Bezahldienst zu transferieren. Die täterorientierten Ermittlungen werden bundesweit in mehreren Sammelverfahren gebündelt. Das Hessische Landeskriminalamt unterstützt die Ermittlungen u. a. durch die Analyse der Schadsoftware. Die fehlende Vorratsdatenspeicherung sowie die Internationalität der Ermittlungen sind ursächlich für die geringe Aufklärungsquote.
- Zur präventiven Bekämpfung hat das Hessische Landeskriminalamt 2012 ein Infoblatt für Bürger mit Verhaltensempfehlungen herausgegeben.

### 2.9.2 Bedeutung des Tatmittels Internet

Dem Internet als Tatmittel kommt zunehmend Bedeutung zu. Neben den Delikten, die sich gegen das Internet oder damit verbundene Rechnersysteme selbst richten, sind zunehmend Phänomene festzustellen, bei denen sich Täter des Internets als Tatmittel bedienen. Insbesondere im **Betrugsbereich** (Warenbetrug und Betrug mittels rechtswidrig erlangter unbarer Zahlungsmittel) mit einem Anteil von über 80 % im Jahr 2012 sowie der **Verbreitung von Kinderpornografie** mit 77,7 % Tatmittel Internet sind hier herauszuheben. Grundsätzlich ist das gesamte Spektrum des Strafgesetzbuches vom Tatmittel Internet betroffen.

### 2.9.3 Aufklärungsquote

Aufgrund der deliktsspezifischen Unterschiede sind erhebliche Abweichungen in den Aufklärungsquoten festzustellen. Während beim Besitz/Verschaffen von Kinderpornografie mit einer Aufklärungsquote von 98 %, dem Verbreiten von Kinderpornografie mit 90,7 % und Warenbetrug mit 82,8 % sehr hohe Aufklärungsquoten zu verzeichnen sind, sind diese bei der Computersabotage (22,8 %), Täuschung im Rechtsverkehr bei Datenveränderung (19,3 %) sowie dem Ausspähen von Daten (22 %) niedrig.

Die deutlichen Differenzen in der Aufklärungsquote sind im Wesentlichen auf folgende Faktoren zurück zu führen:

- Ermittlungsansätze bestehen vielfach ausschließlich in Datenspuren (z. B. installierte Spionageprogramme, Zugriffsdaten, Verkehrsdaten, Nutzungsdaten). Die Rückverfolgung zum Täter ist häufig nicht möglich, da sich die Verkehrsdaten entweder aufgrund fehlender Vorratsdaten, vielfältiger Auslandsbezüge, der Nutzung von Anonymisierungsdiensten, der Verschleierung der Kommunikationswege nicht oder nicht mehr bis zum Urheber zurückverfolgen lassen. Die Aufklärung von Einzeltaten erscheint hier nahezu unmöglich. Lediglich die Bündelung von Ermittlungsverfahren (Sammelverfahren) und eine optimale internationale Zusammenarbeit können hier Ermittlungserfolge sichern.

### 2.9.4 Vermögensschäden

Die über das Tatmittel Internet begangenen Delikte verursachten im Jahr 2012 einen Vermögensschaden von ca. 41 Millionen Euro. Dabei entfielen jeweils etwa 20 Millionen auf Vermögens- und Fälschungsdelikte sowie die Softwarepiraterie.

### 2.9.5 Täter

Im Hinblick auf die Altersstruktur fällt auf, dass von 6.579 ermittelten Tatverdächtigen (TV) 5.474 (83,2 %) Erwachsene ab 21 Jahren sind. Kinder, Jugendliche und Heranwachsende machen nur einen geringen Anteil aus (1.105 TV). Die männlichen Tatverdächtigen haben einen Anteil von 71,2 % an der Gesamtzahl.

### 2.9.6 Fazit und Prognose

Der eher moderate Anstieg der registrierten Delikte stellt keine Entwarnung dar. Vor allem im Bereich der Straftaten außerhalb der Vermögens- und Fälschungsdelikte ist von einem hohen Dunkelfeld auszugehen. Nach einer Umfrage des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V. (BITKOM)<sup>1</sup> hatten 52 Prozent der privaten Internetnutzer im Jahr 2012 bereits persönliche Erfahrungen mit Internetkriminalität gemacht. Im Bereich der Industrie- und Wirtschaftsspionage ist die Anzeigenbereitschaft wegen befürchteten Reputationsverlustes kaum ausgeprägt (vgl. Deutsche Telekom/T-Systems: Cyber Security Report 2012<sup>2</sup>). So werden der Polizei Straftaten vielfach erst gar nicht zur Kenntnis gebracht.

Neben den Massendelikten dürften in Zukunft auch hochqualifizierte Angriffe - möglicherweise auch auf kritische Infrastrukturen - zu den Herausforderungen an die Strafverfolgungsbehörden gehören. Auch vor diesem Hintergrund gilt es, die erfolgreichen Bekämpfungskonzepte der hessischen Polizei im bundesweiten Kontext fortzuschreiben.

---

<sup>1</sup> [http://www.bitkom.org/de/presse/8477\\_73455.aspx](http://www.bitkom.org/de/presse/8477_73455.aspx)

<sup>2</sup> Konzeption und Durchführung der Studie: Institut für Demoskopie Allensbach Allensbach am Bodensee Centrum für Strategie und Höhere Führung

### 3 Politisch Motivierte Kriminalität (PMK)

Für den Bereich der Politisch Motivierten Kriminalität wurden für das Jahr 2012 in Hessen insgesamt 1.211 Straftaten registriert. Im Vergleich zum Vorjahr mit 1.238 Straftaten bedeutet dies einen Rückgang um 27 Fälle (-2,2 %). Die Anzahl der Gewaltdelikte bewegt sich mit 169 Fällen deutlich über dem Niveau des Vergleichsjahres 2011 (57 Gewaltdelikte).

In der Gesamtzahl sind 488 Propagandadelikte enthalten. Dies entspricht einem Anteil von 40,3 % an der Politisch Motivierten Kriminalität.

416 Straftaten (34,4 %) konnten bisher geklärt werden (2011: 350 Straftaten = 28,3 %).

Die Entwicklung der vergangenen 5 Jahre stellt sich wie folgt dar:

	2008	2009	2010	2011	2012
<b>PMK gesamt</b>	<b>1.500</b>	<b>1.589</b>	<b>1.082</b>	<b>1.238</b>	<b>1.211</b>
PMK -rechts-	853	865	684	645	616
PMK -links-	373	380	216	297	316
PMK -Ausländer-	66	75	54	110	104
PMK -sonstige-	208	269	128	186	175

#### 3.1 **PMK -rechts-**

Mit 616 gemeldeten Fällen ist in Hessen im Bereich der **PMK -rechts-** ein Rückgang um 29 Straftaten (-4,5 %) gegenüber dem Jahr 2011 zu verzeichnen. Die Anzahl der Gewaltdelikte bewegt sich mit 17 Fällen leicht unter dem Niveau des Vergleichsjahres 2011 (19 Gewaltdelikte). Dies entspricht einem Rückgang um -10,5 %. Bei den erfassten Gewaltstraftaten handelt es sich ausschließlich um Körperverletzungsdelikte.

Den deliktischen Schwerpunkt innerhalb des Phänomenbereichs der PMK -rechts- (insgesamt 399 Fälle) bilden - wie bereits in den vergangenen Jahren - die erfassten Propagandadelikte. Deren Anteil entspricht 64,8 % der Gesamtzahl der Fälle.

In der Gesamtbetrachtung stellt sich die Entwicklung der hessischen Fallzahlen im Phänomenbereich der PMK -rechts-, sowohl in der Gesamtzahl als auch bei den Gewalttaten, positiv rückläufig dar. Dies ist insbesondere auf die vielfältigen Maßnahmen von Polizei und Verfassungsschutz sowie die langjährigen Bemühungen und qualitätsorientierten Fortentwicklungen der überwiegend ressortübergreifenden Landesprogramme wie das „Aussteigerprogramm IKARus“ (HLKA), das beratungsNetzwerk hessen - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus sowie das hessische Modellprojekt „Rote Linie - Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“ zurückzuführen.

Als weiterer Schwerpunkt in der Befassung der PMK -rechts- in Hessen war die Betrachtung der NPD und insbesondere deren Jugendorganisation (JN) von Bedeutung. Insgesamt waren die Aktivitäten der NPD Hessen und der JN in Hessen 2012 stark rückläufig. Lediglich der JN Hessen gelang es, öffentlichkeitswirksam am 10.11.2012 einen „Fackelmarsch“ in Hünfeld unter der Beteiligung von ca. 80 Personen durchzuführen. Von einer Teilnahme der hessischen NPD an den hessischen Landtagswahlen am 22. September 2013 ist derzeit grundsätzlich auszugehen. Die Partei dürfte sich hierbei auf ausgewählte Schwerpunkte, u. a. Frankfurt am Main sowie die Kreistage des Main-Kinzig- und Wetteraukreises konzentrieren.

2012 waren in Hessen auch weiterhin Aktivitäten regionaler neonazistischer Gruppierungen, mit teilweise geringer öffentlicher Auswirkung, zu verzeichnen. Schwerpunkte bildeten hierbei die Bereiche Bergstraße, Frankfurt am Main, Main-Kinzig-Kreis, Wetzlar sowie Schwalm-Eder-Kreis.

Anlass zur Besorgnis geben die Erkenntnisse aus den Ermittlungen gegen die seit Anfang November 2011 bekannte rechtsterroristische Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU). Dem NSU werden die in den Jahren nach 1998 im gesamten Bundesgebiet begangenen neun Morde an Personen mit türkisch/griechischem Migrationshintergrund und an einer Polizistin sowie zwei Sprengstoffanschläge und zahlreiche Banküberfälle zugerechnet. Entgegen bisheriger Annahmen wurde damit die Existenz einer rechtsterroristischen Struktur in Deutschland offenbar. Die Ermittlungen in diesem Verfahren sind zwischenzeitlich abgeschlossen, die Eröffnung des Hauptverfahrens vor dem OLG München steht bevor. Im Kontext dieser Verbrechen und der daraus gewonnenen Erkenntnisse wurde seitens der Politik und der Sicherheitsbehörden bundesweit eine Vielzahl von Maßnahmen zur Optimierung der Bekämpfung des Rechtsterrorismus und -extremismus initiiert bzw. vorangetrieben. Insbesondere ist hierbei auf die Einrichtung des „Gemeinsamen Abwehrzentrums zur Bekämpfung des Rechtsextremismus/-terrorismus“ (GAR), zur Bündelung von Erkenntnissen und Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden, hinzuweisen.

Ebenfalls infolge der Aufdeckung der Straftaten des terroristischen NSU wurde die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die NPD erneut diskutiert. 2003 war ein erstes NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert, weil Informanten des Verfassungsschutzes auch in der Führungsebene der NPD tätig waren. Nach intensiven Beratungen sprachen sich die Ministerpräsidenten der Länder am 06.12.2012 bei einem Treffen in Berlin dafür aus, in Karlsruhe ein neues Verbotsverfahren gegen die rechtsextreme NPD einzuleiten.

### 3.2 PMK -links-

Mit 316 bisher gemeldeten Fällen im Jahr 2012 ist für den Bereich der **PMK -links-** ein Anstieg um 19 Straftaten (+6,4 %) gegenüber dem Jahr 2011 zu verzeichnen.

Die Anzahl der Gewaltdelikte in diesem Bereich liegt mit 110 Fällen sehr deutlich über dem Gesamtjahresniveau von 2011 (38 Gewaltdelikte). Dies entspricht einer Steigerung von +189,5 %.

Die bereits seit 2009 (bundesweit) konstatierte quantitativ ansteigende Entwicklung linker Straftaten kann für Hessen - trotz der auffallend hohen Fallzahlen im Bereich der Gewaltdelikte - für das Jahr 2012 nicht festgestellt werden.

2012 stand das Schwerpunktthemenfeld „Konfrontation / politische Einstellung / gegen Rechts“ erstmals hinter dem Themenfeld „Antiimperialismus / Antikapitalismus“, in der Vergangenheit überwiegend durch gemäßigte bürgerlich-linksorientierte Klientel aufgegriffen, zurück. Diese Entwicklung ergab sich offensichtlich auch aufgrund politischer Entscheidungen im internationalen Finanzsektor im Jahr 2012.

Die hierbei entstandenen überregionalen, teils internationalen Vernetzungen linksextremistischer, zum Teil gewaltorientierter, Gruppierungen beeinflussten gezielt Großveranstaltungslagen im Kontext „Antikapitalismus“ - auch durch Straftaten zum Nachteil des „Repressionsapparates“ (Themenfeld: „Innen- und Sicherheitspolitik / Polizei“).

Frankfurt am Main stand 2012 als „Finanzmetropole“ Deutschlands auch weiterhin als Austragungsort im Fokus der unfriedlich und zum Teil gewalttätig verlaufenden Veranstaltungslagen „M31“ (100 gemeldete Straftaten) und „Blockupy“ (55 gemeldete Straftaten). Die dabei bislang bekannt gewordenen Straftaten bilden die wesentliche Ursache für die vorgenannte Fallzahlentwicklung, insbesondere im Bereich der Gewaltdelikte.

Quantitativer und qualitativer Brennpunkt der PMK -links- in Hessen ist unverändert das erweiterte Rhein-Main-Gebiet.

Neben den bereits zuvor beschriebenen Themenfeldern stellen insbesondere der „Kampf gegen den politischen Gegner“ sowie die derzeitige Wohnraum- und Mietproblematik - und

damit einhergehende (auch kurzfristige) Hausbesetzungen -weitere relevante Agitations- und Aktionsfelder dar.

Fortgesetzt kann eine unvermindert hohe Grundaggression und damit einhergehend eine uneingeschränkte Bereitschaft zur Gewaltanwendung, insbesondere gegen die Klientel der PMK -rechts- sowie gegen Einsatzkräfte der Polizei, konstatiert werden.

### 3.3 PMK-Ausländer

Mit 104 gemeldeten Fällen für das Jahr 2012 im Bereich der **PMK -Ausländer-** ist ein Rückgang um sechs Straftaten (-5,5 %) im Vergleich zum Jahr 2011 zu verzeichnen.

Die Anzahl der Gewaltdelikte liegt mit 38 Fällen deutlich über dem Gesamtjahresniveau des Jahres 2011 (24 Gewaltdelikte). Dies entspricht einer Steigerung von +58,3 %.

Insgesamt wurden dem Hessischen Landeskriminalamt sechs Straftaten mit angenommenem terroristischem Hintergrund gemeldet. Davon sind zwei Fälle dem islamistischen Terrorismus und vier Fälle der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK zuzurechnen.

Die Fallzahlen im Phänomenbereich der politisch motivierten Ausländerkriminalität sind im Wesentlichen abhängig von weltpolitischen Konflikten und Ereignissen, die auch in Hessen dazu führten, dass Aktivisten/Sympathisanten der unterschiedlichsten Konfliktparteien Straftaten im jeweiligen Themenzusammenhang begehen.

Ein hoher Anteil der Gesamtzahlen im Jahr 2012 ist auf Straftaten von PKK-Sympathisanten zurückzuführen. Die PKK verfügt nach wie vor über ein großes Mobilisierungspotenzial in Deutschland. Dies hat sie wiederholt im Rahmen ihrer jährlichen Großveranstaltungen unter Beweis gestellt. Am 08.09.2012 nahmen bis zu 40.000 Besucher aus ganz Europa an dem 20. Internationalen Kurdischen Kulturfestival in Mannheim teil. Es kam dabei zu gewalttätigen Ausschreitungen, in deren Bilanz 80 verletzte Polizeibeamtinnen und -beamte zu verzeichnen waren.

Grundsätzlich ist im Phänomenbereich der PMK -Ausländer- auch in Hessen zu vielen extremistischen, ausländischen Gruppierungen entsprechendes Mobilisierungspotenzial vorhanden.

Dies beinhaltet die Gefahr, dass politische und gesellschaftliche Entwicklungen in den jeweiligen Heimatländern punktuelle Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Hessen entfalten können. So kann bei störungsfrei angelegten Demonstrationen eine je nach auslösendem Ereignis starke Emotionalisierung bzw. eine aggressive Grundstimmung unvermittelt zu veranstaltungstypischen Gewaltstraftaten führen.

#### 3.3.1 Islamistischer Extremismus / Terrorismus

Deutsche Interessen im In- und Ausland stehen nach wie vor im erklärten Zielspektrum des **islamistischen Terrorismus** und unterliegen damit einer hohen Gefährdung, die sich jederzeit durch terroristische Taten konkretisieren kann.

Eine organisationsbezogene Ausweitung des Aktionsradius ausländischer terroristischer Gruppierungen auf Deutschland und/oder Hessen ist nur in Einzelfällen in Betracht zu ziehen.

Die Kern-AL-QAIDA, ihre Regionalorganisationen und diesen nahestehenden Gruppierungen sind auch weiterhin bestrebt, terroristische Taten gegen westliche Ziele weltweit zu begehen. Neben mittelfristig geplanten Operationen ergreifen sie auch sich spontan bietende Tatgelegenheiten, um gegen Ziele sowohl mit hohem als auch mit geringem Symbolwert im In- und Ausland vorzugehen. Dabei ist mit allen bereits bekannten, aber auch mit neuartigen Tatbegehungsweisen zu rechnen.

Exemplarisch ist in diesem Zusammenhang der Anschlagversuch vom 10.12.2012 im Bonner Hauptbahnhof zu nennen, bei dem aufgrund der derzeit bestehenden Erkenntnislage ein Bezug zum islamistischen Terrorismus in Betracht gezogen wird.

Fanatisierte Einzeltäter und Kleinstgruppen sowie Rückkehrer aus jihadistischen Ausbildungslagern stellen kontinuierlich seit 2006 die größte Gefahr dar. In diesem Kontext sind auch radikalisierte Personen zu nennen, die den Weg aus einem westlichen Staat in ein terroristisches Ausbildungslager im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet gefunden haben.

Nahezu beliebige, subjektiv als islamfeindlich empfundene Ereignisse, Äußerungen oder Handlungen, jihadistische Internetpropaganda oder rein intrinsische Faktoren bestimmen die Tatmotivation. Islamkritische Ereignisse, aber auch die mediale Presseberichterstattung darüber sowie polizeiliche Maßnahmen in diesem Kontext eignen sich als Tatimpuls für islamistisch motivierte Gewalt gegen Privatpersonen, Medien/-vertreter, öffentliche Sicherheitsorgane bzw. deren Mitarbeiter.

Dies wurde im Jahr 2012 u. a. durch die gewalttätigen Ausschreitungen muslimischer Gegendemonstranten - als Reaktion auf vorangegangene Provokationen im Rahmen zweier Kundgebungen der Bürgerbewegung „PRO-NRW“ - am 01.05.2012 in Solingen und am 05.05.2012 in Bonn belegt.

## **4 Tatverdächtige**

### **4.1 Tatverdächtige allgemein**

Die Zahl der in der Polizeilichen Kriminalstatistik registrierten Tatverdächtigen der Gesamtkriminalität ist insgesamt von 152.070 auf 158.410 gestiegen. Das entspricht einer Zunahme von 6.340 (+4,2 %). Die Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ = Zahl der Tatverdächtigen bezogen auf 100.000 Einwohner ab 8 Jahren) hat demzufolge von 2.507 auf 2.600 zugenommen. Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen hat von 34,7 % auf 36,6 % zugenommen. Langfristig sind die Anteile nichtdeutscher Tatverdächtiger allerdings rückläufig. Der höchste Wert wurde im Jahr 1993 mit einem Anteil von 42,6 % erreicht.

Der Anteil weiblicher Tatverdächtiger beträgt 25,4 % (Vorjahr 25,6 %).

118.884 (= 75,0 %) der ermittelten Tatverdächtigen hatten zum Tatzeitpunkt ihren Wohnsitz in Hessen. 52,5 % der Tatverdächtigen begingen Straftaten in der Wohnortgemeinde.

### **4.2 Mehrfach-/Intensivtäter (MIT)**

Die bewährte, täterorientierte Ermittlungsarbeit zur Bekämpfung der Mehrfach- und Intensivtäter wurde auch 2012 durch spezialisierte Organisationseinheiten der hessischen Polizei fortgeführt, um eine konsequente Verfolgung und Bearbeitung von Straftaten, die durch diese Tätergruppen begangen wurden, zu gewährleisten.

Die MIT-Sachbearbeiter befassten sich mit 1.426 registrierten Mehrfach-/Intensivtätern.

Von diesen MIT waren:

- 95,2 % (1.358) männlichen Geschlechts,
- 84,5 % (1.205) älter als 21 Jahre,
- 75,8 % (1.081) deutsche Staatsangehörige.

Im Jahr 2012 konnten den in Hessen registrierten MIT 5.026 Fälle zugeordnet werden. Seit Beginn ihrer Strafmündigkeit (Vollendung des 14. Lebensjahres) 106.646 Fälle; d. h. rein rechnerisch entfallen auf einen MIT durchschnittlich 75 Fälle.



Die MIT in Hessen traten 2012 am häufigsten mit folgenden Deliktgruppen in Erscheinung:

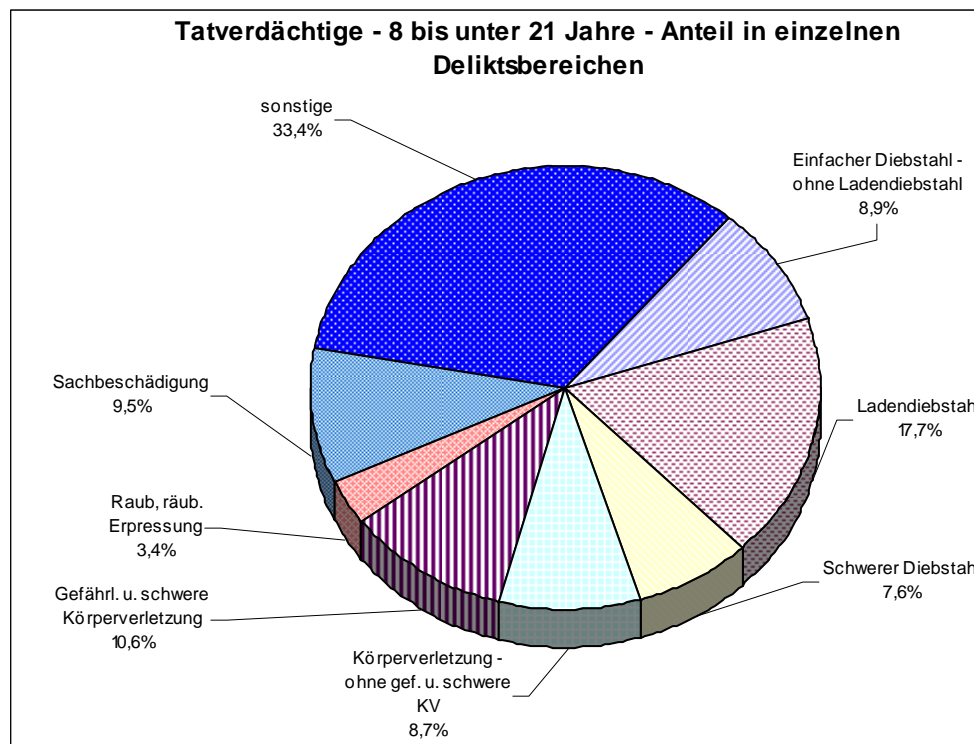
- Diebstahl 50,2 % (2.524 Fälle),
- Sonstige Straftaten<sup>1</sup> 17,9 % (900 Fälle),
- Vermögens-/Fälschungsdelikte 10,2 % (511 Fälle),
- Körperverletzung 9,4 % (474 Fälle),
- Verstöße gegen das BtMG 9,2 % (462 Fälle),
- Raub 3,1 % (155 Fälle).

Das **Programm BASU21** (Besonders auffällige Straftäter unter 21 Jahre) ist inzwischen landesweit umgesetzt. Insbesondere die Verfolgung von Körperverletzungs- und Raubdelikten, die oftmals durch junge Straftätergruppierungen begangen werden, sind Bestandteil dieser Konzeption. BASU21 zielt durch behörden- und ressortübergreifende Zusammenarbeit darauf ab, ein dauerhaftes Abgleiten junger Menschen in kriminelle Strukturen zu verhindern.

### 4.3 Jugendkriminalität

Die Straftaten von ermittelten Tatverdächtigen zwischen acht und unter 21 Jahren werden polizeilich unter den Begriff Jugendkriminalität subsumiert. Zu den jugendspezifischen Delikten zählen insbesondere Diebstahlsdelikte (Laden-, Fahrrad- und Kraftraddiebstähle), Sachbeschädigung sowie Gewaltdelikte (Raub und Körperverletzungsdelikte).

**Grafik 12:** Verteilung der Tatverdächtigen 8 bis unter 21 Jahre auf verschiedene Deliktsbereiche



Die Zahl der tatverdächtigen **Kinder** hat sich 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 462 auf 3.791 (-10,9 %) reduziert. Der Anteil an allen Tatverdächtigen ist von 2,8 % im Jahr 2011 auf 2,4 % leicht gefallen.

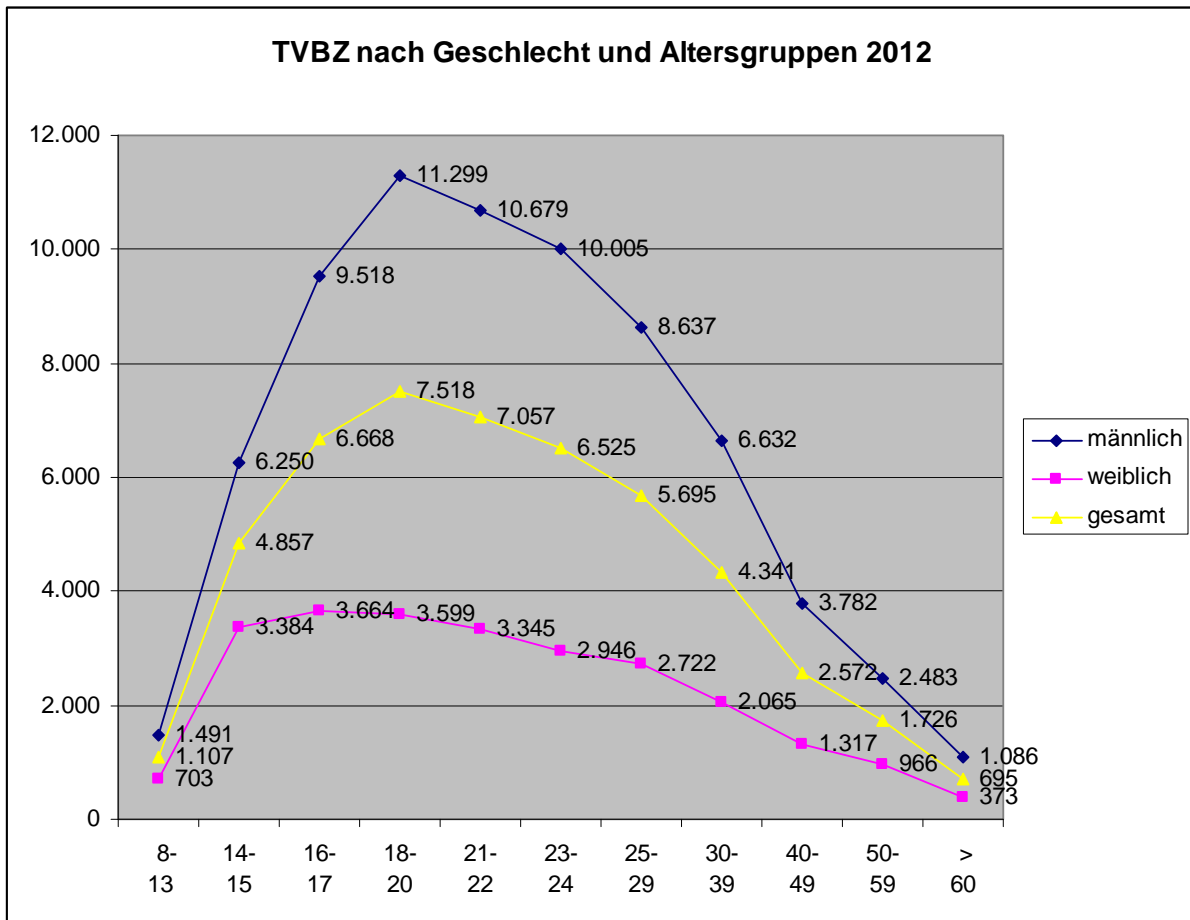
<sup>1</sup> Die „sonstigen Straftaten“ bei den Mehrfach-/Intensivtäter (MIT) umfassen vielfältige Deliktgruppen wie z. B. Erpressung, Bedrohung, Betrug, Verstoß gg. das Ausländergesetz, Trunkenheit im Straßenverkehr, Erschleichen von Leistungen und Beleidigung. Die einzelnen Anteile am Gesamtfallaufkommen sind dabei sehr gering und werden daher nicht gesondert aufgeführt.

Bei den **Jugendlichen** ist die Zahl der Tatverdächtigen im gleichen Zeitraum nahezu gleich geblieben. Der Anteil der Jugendlichen beträgt 9,0 % (Vorjahr 9,3 %).

Die Zahl der tatverdächtigen **Heranwachsenden** stieg um 830 auf 14.768 (+6,0 %). Ihr Anteil an allen TV beträgt 9,3 %.

Die höchste **Tatverdächtigenbelastungszahl** (TVBZ) wurde in der Altersgruppe der 18- bis 20-Jährigen festgestellt. Die Hauptbelastung der männlichen TV liegt in der Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen.

**Grafik 13:** Tatverdächtigenbelastungszahlen (TVBZ = Tatverdächtige pro 100.000 Einwohner) nach Altersgruppen



Die **Jugendkriminalität** hat vielfältige Ursachen. Eine intensive und dauerhafte Präventionsarbeit kann zu einer nachhaltigen Reduzierung der Jugenddelinquenz und einer damit einhergehenden Steigerung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung beitragen, wie dies seit Beginn der Präventionsoffensive zu verzeichnen ist.

## 5 Opfer

Opfer sind natürliche Personen, gegen die sich rechtswidrige Handlungen gerichtet haben. Opfer werden erfasst bei Straftaten gegen das Leben, Sexualdelikten, Raubdelikten, Körperverletzungen und Straftaten gegen die persönliche Freiheit. Es werden Geschlecht und Alter der Opfer sowie die Beziehung zum Tatverdächtigen nach den Kriterien „Verwandtschaft“, „Bekanntschaft“, „Landsmann“, „flüchtige Vorbeziehung“ und „keine Vorbeziehung“ berücksichtigt.

2012 wurden 54.346 Opfer registriert (2011 = 53.655). Hiervon waren 3.864 (7,1 %) Kinder, 4.840 (8,9 %) Jugendliche und 5.296 (9,7 %) Heranwachsende. Der Anteil weiblicher Opfer betrug 42,1 %.

Zu den gestiegenen Opferzahlen kann man sagen, dass der Anstieg unter anderem auf ein Ermittlungsverfahren wegen sexuellem Missbrauch von Kindern zurückzuführen ist. Hier hatte ein Beschuldigter serienweise Kinder per Telefon sexuell belästigt. Zu körperlicher Beeinträchtigung ist es hierbei nicht gekommen.

Die Präventionsoffensive in Hessen wurde konsequent fortgeführt. Mittlerweile sind in allen Polizeipräsidien Opferschutzbeauftragte benannt. Im Laufe des Jahres 2013 werden auch die Stellen der Opferschutzkoordinatoren bei den Polizeidirektionen flächendeckend besetzt sein.

Um einen regelmäßigen Austausch zu gewährleisten und den Opferschutz der hessischen Polizei zu intensivieren, wurden im Jahr 2012 Workshops und Arbeitsbesprechungen mit den Opferschutzbeauftragten der Polizeipräsidien bzw. den für diesen Aufgabenbereich Verantwortlichen durchgeführt.

Im November richtete das Hessische Landeskriminalamt eine interdisziplinäre Fachtagung für Hilfseinrichtungen, Notfallseelsorge und Polizei zum Thema „Verkehrsunfallopfer“ aus. 2013 wird diese Tagung noch einmal vom Polizeipräsidium Kassel durchgeführt werden.

Die Polizeipräsidien führten unterschiedliche Informationsveranstaltungen auf regionaler Ebene durch.

In der polizeilichen Ausbildung der Verwaltungsfachhochschule wie auch in den Fortbildungsseminaren „Kriminalpolizeiliche Kompetenz“ und „Polizeiliche Kriminalprävention“ wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für den Opferschutz bei der hessischen Polizei sensibilisiert und über Belehrungs- und Hinweispflichten im Rahmen der polizeilichen Zeugenvernehmung unterrichtet.

## **6 Schäden**

In der Polizeilichen Kriminalstatistik wird bei vollendeten Eigentums- und Vermögensdelikten der Verkehrswert des rechtswidrig erlangten Gutes erfasst. Im Jahr 2012 wurden Schäden in Höhe von ca. 462 Millionen Euro (Vorjahr: ca. 423 Millionen Euro) registriert.

Die gestiegenen Schäden sind im Wesentlichen über mehrere Sammelverfahren im Bereich des Betruges bzw. der Wirtschaftskriminalität zu erklären. Beispielsweise hat das Polizeipräsidium Frankfurt ein Ermittlungsverfahren wegen Abofallen im Internet geführt bei dem es bundesweit ca. 200.000 Geschädigte gab und die Schadenssumme hier allein bei ca. € 9 Mio. lag.

Deliktsspezifisch waren die Schäden sehr unterschiedlich.

- Beim Erschleichen von Leistungen betrug der durchschnittliche Schaden pro Fall knapp 25 Euro,
- beim Wohnungseinbruchdiebstahl durchschnittlich 4.731 Euro,
- beim Diebstahl von Kraftwagen durchschnittlich 18.249 Euro,
- bei Fällen der Wirtschaftskriminalität durchschnittlich 47.390 Euro,
- beim Betrug im Zusammenhang mit Kapitalanlagen durchschnittlich 41.076 Euro,
- bei Untreue bei Kapitalanlagegeschäften durchschnittlich 54.499 Euro.

## **7 Maßnahmen der regionalen Sicherheit**

Seit 1. September 2011 verstärkt das hessische Innenministerium im Rahmen des Programms „Regionale Sicherheit“ die Basisdienststellen aller sieben Polizeipräsidien mit zusätzlichen Beamtinnen und Beamten aus der Bereitschaftspolizei.

Vom Landesprogramm „Regionale Sicherheit“ profitieren Polizeistationen und Polizeireviere genauso wie Tatortkommissariate oder die Kriminaldauerdienste. Die 100 Beamtinnen und

Beamten sind im Zwei-Monats-Rhythmus in jeweils vier hessischen Polizeipräsidien eingesetzt.

Durch individuelle polizeiliche Einsatzmaßnahmen in den hessischen Regionen, beispielsweise zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchdiebstählen, von Brandstiftungsserien, Sachbeschädigungen, Rauschgiftkriminalität und Gewaltstraftaten im öffentlichen Raum sowie zu deren Prävention, konnten spürbare Erfolge erzielt und so die Sicherheit erhöht werden.

Im Jahr 2012 brachten die Beamtinnen und Beamten in 236.668 Einsatzstunden insgesamt 2.705 Straftaten zur Anzeige, wobei 2.494 Delikte aufgeklärt und 1.041 Personen festgenommen wurden. Hierbei handelte es sich vor allem um Rauschgift- (1.098 Straftaten), Eigentums- (260 Straftaten) und Waffendelikte (190 Straftaten).

Ebenfalls wurden 629 Verkehrsstraftaten festgestellt, wodurch die positive Wirkung des Programms auch im Hinblick auf die Sicherheit im öffentlichen Straßenverkehr deutlich wird. Insgesamt erfolgten 68.441 Personenüberprüfungen und 37.600 Fahrzeugkontrollen, es konnten 226 Haftbefehle vollstreckt und 1.848 Gegenstände sichergestellt bzw. beschlagnahmt werden.

Dieser Fahndungserfolg ist nur ein Beispiel dafür, dass das Sicherheitskonzept und insbesondere das Programm „Regionale Sicherheit“ eine tragende Säule der hessischen Sicherheitsoffensive sind.

## **8 Kontroll- und Fahndungsmaßnahmen**

Im Jahr 2012 wurden von den hessischen Polizeidienststellen insgesamt 176.301 Kontrollen im Rahmen der **Schleierfahndung** durchgeführt. Bei **Kontrollen im Regeldienst und während Sonderaktionen** wurden im Berichtszeitraum 259.465 Personen und 150.602 Fahrzeuge überprüft. Die hessische Polizei hat damit seit Einführung des Instruments im Jahr 2001 den zweithöchsten Stand mit guten Festnahmeerfolgen und Erfolgen bei der Bekämpfung insbesondere von Urkunden-, Waffen- und Kfz-Delikten zu verzeichnen. Das hohe Kontrollniveau mit Erreichen des Höchststandes im Jahr 2011 konnte somit aufrecht erhalten werden.

**Verdachtsunabhängige Kontrollen** gemäß § 18 Abs. 2 Nr. 6 HSOG (sogenannte „Schleierfahndung“) haben zu einer Aufhellung des Dunkelfeldes und zu Erkenntnissen über Straftaten geführt, die der Polizei sonst verborgen geblieben wären. Die Schleierfahndung ist ein überaus erfolgreiches Mittel insbesondere gegen reisende Straftäter. Durch den Wegfall der EU-Binnengrenzen wurde mit dieser Fahndungsform ein Ausgleich geschaffen, um Tätern, die über Landesgrenzen hinweg agieren, habhaft zu werden. Besonders in Hessen und speziell im Rhein-Main-Gebiet, das auf Grund seiner zentralen, verkehrsgünstigen Lage für Straftäter attraktiv ist, hat diese Fahndungsmöglichkeit, wie die Erfolge zeigen, eine hohe Bedeutung.

Es wurden insgesamt 16.014 Ermittlungsverfahren wegen Straftaten, die erstmals im Rahmen dieser Maßnahmen von der Polizei festgestellt worden sind, eingeleitet. Diese Verfahren betrafen 13.901 Tatverdächtige, davon 6.835 (49,2 %) Nichtdeutsche. In 11.671 Fällen erfolgten Sicherstellungen z. B. von Betäubungsmitteln, Diebesgut, Schusswaffen sowie anderen strafrechtlich relevanten Gegenständen.

Seit Auswertung der Schleierfahndungsmaßnahmen im Jahre 2001 wurden insgesamt 1.231.058 Kontrollen durchgeführt. Statistisch gesehen wurde bereits im letzten Jahr erstmalig die Millionenschwelle überschritten. Es wurden insgesamt 2.380.121 Personen und 1.446.243 Fahrzeuge überprüft. Dabei konnten 20.022 zur Festnahme oder Aufenthaltsermittlung ausgeschriebene Personen festgestellt werden. Als Ergebnis der Kontrollen wurden 114.333 Straftaten mit 104.859 Tatverdächtigen aufgedeckt. Darüber hinaus darf die präventive Wirkung dieser Kontrollen nicht unterschätzt werden.

## **9 Kriminaltechnik und Erkennungsdienst**

Mit ursächlich für die hohe Aufklärungsrate von Straftaten ist die Weiterentwicklung der **Kriminalwissenschaft und -technik**. Neben den klassischen Methoden zur Auswertung von Täterspuren wie Fingerabdrücke, Faser-, Schuh- oder Werkzeugspuren konnten vor allem die Untersuchungsmethoden in der DNA-Analytik ständig verbessert werden.

Die **DNA-Analysedatei** weist mittlerweile einen hessischen Gesamtbestand von 89.754 Datensätzen auf, dies entspricht einer Zunahme um 4,8 %. Insgesamt konnten 2.361 DNA-Treffer erzielt werden. Der größte Anteil wurde mit 1.744 Treffern im Deliktsbereich Diebstahl und Unterschlagung erzielt. Hervorzuheben ist die Steigerung der Trefferzahlen bei Tötungsdelikten (+10 auf 27 Treffer) und Sexualdelikten (+15 auf 45 Treffer). Hessen behauptet damit im Bereich der DNA-Analytik weiterhin einen der vordersten Plätze im Bundesvergleich.

Um diese Ausrichtung zu stärken, ist für 2013 der weitere Ausbau der DNA-Straße beim Hessischen Landeskriminalamt in Vorbereitung. Damit wird angestrebt, den größten Teil an gesicherten DNA-Tatortspuren der Polizeipräsidien im automatisierten Analyseverfahren zu untersuchen und somit weithin verstärkt Straftaten aufzuklären.

Auch bei den **erkennungsdienstlichen Maßnahmen** ist eine sehr gute Bilanz zu konstatieren. Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 27.193 Personen in Hessen erkennungsdienstlich behandelt. Diese Bestandsdaten bilden die Grundlage für die künftige Aufklärung von Straftaten, beispielsweise durch eine Identifizierung von Tatverdächtigen durch Zeugen aufgrund einliegender Lichtbilder oder die Zuordnung daktyloskopischer Tatortspuren aufgrund einliegender Fingerabdrücke.

Vielfältige Maßnahmen zur Verbesserung der tatzeitnahen Tatortarbeit und der Qualität gesicherter Tatortspuren wurden verstärkt. So sind mittlerweile in fast allen hessischen Großstädten sogenannte Tatortgruppen bzw. Tatortkommissariate eingerichtet.

Auch die Einrichtung eines strukturierten Spurenmanagements wurde fortentwickelt, um die weiterführende Spurenbewertung und -auswertung in allen Polizeipräsidien und beim Hessischen Landeskriminalamt nach landeseinheitlichen Standards zu optimieren. Damit wird nicht nur dem wissenschaftlichen Stand der Technik, sondern auch den wachsenden juristischen Anforderungen zur Anerkennung von Beweisen im Strafverfahren entsprochen.

## **10 Prävention**

Im vergangenen Jahr konnten die personellen und organisatorischen Veränderungen in der hessischen Polizei im Rahmen der 2009 begonnenen Präventionsoffensive erfolgreich abgeschlossen werden.

Dazu gehört u. a. die Zusammenführung von allen polizeilichen Präventionsbereichen im (neuen) Stabsbereich E4 - Prävention - der Polizeipräsidien. Opferschutzbeauftragte (neu) und zusätzliche Jugendkoordinatoren in den Polizeidirektionen sowie die Einführung von Beauftragten für kriminalpräventiven Städtebau und Opferschutzkoordinatoren vervollständigen die polizeilichen Präventionsintentionen.

Somit wurden die Voraussetzungen geschaffen, um konzentriert, themenübergreifend und zeitnah auf aktuelle und besondere Erscheinungsformen reagieren zu können.

Kriminalprävention ist besonders erfolgreich und nachhaltig, wenn Kriminalitätsphänomene gemeinsam von mehreren Seiten, entsprechend der jeweiligen Profession, betrachtet werden. Deshalb stehen für die hessische Polizei der gesamtgesellschaftliche Aspekt sowie die enge Kooperation und Abstimmung mit anderen Präventionsträgern im Vordergrund.

Dies erfolgte in 2012 insbesondere beim Opferschutz, mit dem Verbraucherschutz Hessen, den Opferhilfeeinrichtungen, im Bereich des kriminalpräventiven Städtebaus, mit Stadtplanern und Architekten in den Kommunen, sowie der Wohnungswirtschaft.

Ebenso konnte der beim Hessischen Landeskriminalamt eingerichtete Landesmigrationsbeauftragte mit dem Arbeitskreis „Sicherheit für Alle“, eine Kooperation zwischen Vertretungen aller großen Migrantengruppen in Hessen und der hessischen Polizei etablieren. Ziel ist, die vielfältigen kriminalpräventiven Angebote und Hilfestellungen entsprechend anzubieten.

Die Verknüpfung der Kriminalprävention mit der Verkehrssicherheitsarbeit auf allen Ebenen der hessischen Polizei lässt sich besonders gut am Beispiel des Präventionsprojektes „Gelbe Karte“ aufzeigen.

Hierbei überprüfen die Fahrerlaubnisbehörden entsprechende Hinweise der Polizei. Zur Prävention von Gewalt, z. B. bei jugendspezifischen Gewaltdelikten und Gewalttaten kann im Zusammenhang mit Verkehrsdelikten oder Häuslicher Gewalt im Wiederholungsfall z. B. die Erteilung einer Fahrerlaubnis eingeschränkt oder die bestehende Fahrerlaubnis entzogen werden.

Ist dies der Fall, werden der/dem Betreffenden die möglichen Konsequenzen als „Gelbe Karte“ angekündigt.